Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 3 Rm. einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł. **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.



Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — „Die Welt der Frau" — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

69. Jahrgang — Dienstag, den 15. Juli 1930 — Nr. 160

Das Urteil im Deutschtumsbund-Prozeß.

Die Berufung.

Die Urteilsbegründung im Deutschtumsbund-Prozeß ist nunmehr den Angeklagten zugestellt worden. Die Urteilsbegründung ist ganz ungewöhnlich umfangreich, sie umfaßt 55 Schreibmaschinenseiten.

Rechtsanwalt Spitzer hat die Berufungsbegründung bereits dem Gericht eingereicht, so daß wahrscheinlich noch in diesem Jahre die Verhandlung vor dem Appellationsgericht in Posen stattfinden dürfte.

Wir bringen heute die Berufungsbegründung des Rechtsanwalts Spitzer im Wortlaut.

*

Berufung.

In der Strafsache
gegen Heidelck und Gen.
III. 1. K. 46/30.

Bromberg, den 29. Juni 1930

führe ich im Namen aller Angeklagten die angekündigte Berufung gegen das Urteil des Bezirksgerichtes in Bromberg vom 17. 4. 30 folgendermaßen aus:

Ich beantrage die Aufhebung des Urteils in seinem begründenden Teile und die vollständige Freisprechung aller Angeklagten von Schuld und Strafe.

Die Begründung des angefochtenen Urteils ist sehr ausführlich. Diese Ausführlichkeit steht jedoch in wunderbarem Widerspruch zu der Kärglichkeit des wirklichen Sachverhaltes. Ungefähr die Hälfte des Urteils wird ausgefüllt von einer genauen Erzählung der Geschichte des Deutschtumsbundes und seiner allgemeinen Tätigkeit. Es wird nicht behauptet, daß diese Tätigkeit, wie das Urteil sie beschreibt, den Tatbestand dieses oder jenes Paragraphen des St. G. erfüllt, sondern diese Ausführungen schließen mit der Folgerung, daß der Deutschtumsbund „den sog. Grundsatz der reinen Hände der Minderheiten verletzt habe, da er sich mit einem stark beladenen Gewissen an den Völkerbund gewandt habe und nicht sagen konnte, daß er seinerseits die Pflicht erfüllt hat, die der Minderheitenvertrag ihm auferlegt, d. h. die Pflicht der Loyalität gegen den Polnischen Staat".

Auf diese Ausführungen wird man antworten müssen, ebenso zahlreiche in diesen Ausführungen des Urteils enthaltene Irrtümer berichtigen müssen. Die Kürze der Frist zur Begründung der Berufung erlaubt das an dieser Stelle nicht, und deshalb beschränken sich die Angeklagten vorläufig auf die Frage, zu welchem Zwecke diese Ausführungen des Urteils nötig sein sollen. Entweder genügt der genaue Sachverhalt, der die Uebertretung des § 129 begründen soll, zur Begründung dieser Beschuldigung oder nicht. Wenn nicht, so kann die Feststellung der allgemeinen Illoyalität wohl nicht die Kennzeichen des § 129 ersetzen. Wenn jedoch die Uebertretung des § 129 genau begründet ist, so sind die Ausführungen überflüssig, ähnlich denjenigen, welche man aus dem Munde der Vertreter der Polnischen Regierung vor dem Völkerbunde gehört hat.

I. Was den wirklichen Sachverhalt des Urteils, der die Uebertretung des § 129 begründen soll, betrifft, so erblickt das Urteil die Uebertretung nur in vier Tatsachen, nämlich:

1. Verminderung oder Beseitigung des Inventars;
2. Erteilung von Rat an die Optanten, daß sie vor der Aushebungskommission erklären können, daß sie optieren wollen,
3. Einführung von Kindern zur Füllung der Minderheitsschulen,
4. Verletzung des Amtsgeheimnisses der Lehrer.

Bevor man sich mit diesen Beschuldigungen befaßt, muß man feststellen, daß hier solche einzelnen Handlungen einzelner Mitglieder der Organisation niemals die Beschuldigung begründen könnten, der Zweck und die ganze Tätigkeit der Organisation sei auf den Widerstand gegen die Gesetze usw. berechnet. Die Tätigkeit des Deutschtumsbundes war, wie das Urteil feststellt, außerordentlich umfangreich. **Wenn in einer so umfangreichen Tätigkeit nur so wenige Verstöße dieses oder jenes Geschäftsführers vorkämen, so könnte man noch nicht von einem dem § 129 widersprechenden Zwecke sprechen. In Wirklichkeit sind auch diese vier angeführten Tatsachen keine Handlungen, die in ungesetzlicher Weise den Gesetzen oder den behördlichen Verfügungen widersprechen.**

1. In der Frage des Inventars stellt das Urteil zuerst irrtümlich fest, daß es sich bei den annullierten Ansiedlern überwiegend um reichsdeutsche Staatsbürger handle. **Im Gegenteil, sofern in den Dokumenten usw. von annullierten Ansiedlern die Rede ist, handelt es sich ausschließlich um polnische Staatsbürger,** da auf die reichsdeutschen Staatsbürger die Bestimmungen über die Liquidierung Anwendung finden sollten; also mußte die Sache derselben besonders behandelt werden.

Das Urteil stellt weiter in Zweifel, ob das Inventar der annullierten Ansiedler in allen Fällen das Eigentum der Ansiedler gewesen ist, und behauptet, die Frage des Eigentums sei mindestens zuerst streitig gewesen, so daß die Geschäftsführer des Deutschtumsbundes damit rechnen mußten, daß das Inventar als Staatseigentum angesehen würde. Wenn das Gericht der Meinung war, daß die Frage des Eigentums des Inventars nicht gehörig aufgeklärt worden sei, so hätte es die vom Angeklagten Schmidt angegebenen Zeugen verhören müssen für den Umstand, daß diese Zeugen, frühere Ansiedler, über ihr Inventar frei verfügen konnten. Die Angabe weiterer Zeugen für diesen Umstand wird vorbehalten.

Aber schon im jetzigen Stadium ist aufgeklärt worden, daß das Inventar der annullierten Ansiedler ihr unstreitiges Eigentum war. Diese Frage ist niemals streitig gewesen und ist niemals durch die Gerichte entschieden worden, da die Landämter von vornherein den Ansiedlern das Inventar gelassen haben. Die gedruckte Erklärung des Landamtes erweist das unwiderleglich, denn sie sagt: „Das Inventar können Sie mitnehmen." Wenn diese Erklärung davon spricht, daß die Behörden in einzelnen Fällen eventuell anders bestimmen könnten, so hätte das Bezirksgericht feststellen müssen, ob solche theoretisch möglichen Verfügungen stattgefunden haben. Ohne diese Feststellungen muß man als Grundlage die Tatsache nehmen, daß das Inventar das Eigentum des Ansiedlers war, und leicht ist die Deduktion, daß man sein Eigentum verkaufen kann und daß die Anempfehlung eines solchen Rechtsgeschäftes kein ungesetzliches Mittel ist. Es ist noch zu erwähnen, daß es sich hier um ein vereinzeltes Treiben des Angeklagten Schmidt handelt, wogegen zahlreiche Rundschreiben des D.-B. in der Frage der annullierten Ansiedler eine solche Empfehlung nicht enthalten, also ist es schwer, von einer Aktion des D.-B. zu sprechen, wie das Urteil das tut.

2. Was die Frage der angeblichen Verleitung der Optanten zur Nichtleistung des Heeresdienstes betrifft, so ist die Sache noch einfacher.

Das betreffende Rundschreiben des Angeklagten Schmidt sagt am Schluß: **„Zur Musterung muß man sich auf jeden Fall stellen."** Schmidt fordert also die Interessenten ausdrücklich auf, sich zur Verfügung der Musterungskommission zu stellen. Es scheint, daß durch ein solches Sichzurverfügungstellen der Aushebungspflichtige seiner Pflicht genügt. Wenn jedoch die Kommission aus Rücksicht auf irgendwelche Erklärungen des Stellungspflichtigen ihn zeitweilig befreit, so geht wohl diese Befreiung auf die Verantwortlichkeit der Aushebungskommission und kann dem Aushebungspflichtigen nicht als Nichtleistung des Militärdienstes angerechnet werden. Das Urteil verfährt jedoch so, denn es folgert: Die Optanten haben infolge der Empfehlung des D.-B. eine Erklärung abgegeben, daß sie optieren wollen. Infolgedessen haben sie die Befreiung vom Militärdienst erhalten, haben sich also dem Militärdienst entzogen, und der D.-B. hat sie dazu verleitet. Das Urteil macht also ausdrücklich den D.-B. verantwortlich für das Verfahren der Militärbehörden.

Wo soll übrigens das ungesetzliche Mittel sein? Ist die Erklärung, daß man sich die Option vorbehält, ungesetzlich?

Es muß noch erwähnt werden, daß die Feststellung des Urteils, der D.-B. habe durch die „Deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft" in Bromberg mit der Deutschen Gesandtschaft in Warschau verkehrt, irrig ist. In den Akten befindet sich ein Schreiben der Gesandtschaft an die Zentralarbeitsgemeinschaft und nichts mehr. Die Zentralarbeitsgemeinschaft war jedoch, wie das Urteil selbst sagt, eine besondere Organisation, die mit dem D.-B. nichts zu tun hatte.

3. Was die Frage der Einführung von Kindern betrifft, so muß man sich auch fragen, in welcher Weise die Anmeldung solcher Kinder für die Minderheitsschule ungesetzlich sein soll. Diese Kinder waren doch nicht „glaebae adscripti", so daß es ihnen freistand, in andere Ortschaften zu verziehen. Auf Grund der bestehenden Verfügungen mußten dann sogar die Kinder in die Ortsschule gehen, wie der Sachverständige in der Verhandlung festgestellt hat. Wenn die Schulbehörde — was sie aber nicht getan hat — auf Grund dieses Sachverhaltes eine Minderheitsschule unterhielt, welches war dann das Vergehen des D.-B. in dieser Sache? **Und wenn die Schulbehörde — wie sie das getan hat — trotz dieser Kinder die Schulen aufgelöst hat, welches ist dabei das Vergehen des D.-B.?**

4. In der Frage der angeblichen Verletzung des Amtsgeheimnisses stellt zuerst das Urteil irrtümlich fest, daß der D.-B. einem Lehrer Unterstützungen gezahlt habe. **In der Verhandlung ist nichts Aehnliches festgestellt worden, mit Ausnahme der Tatsache, daß einigen Lehrern für Ferienkurse Unterstützungen gewährt worden sind, was mit Einwilligung der Schulbehörde geschehen ist.**

Ohne faktische Grundlage ist weiter die Behauptung, der Angeklagte Dobbermann habe von den Lehrern die Beantwortung seiner Fragebogen verlangt. **Nichts Aehnliches ist festgestellt worden, da nur festgestellt worden ist, daß die Vertrauensmänner, aber nicht die Lehrer, diese Auskünfte sammeln sollten.**

Weiter kann man nicht feststellen, daß die Beantwortung dieser Fragen eine Verletzung des Dienstgeheimnisses wäre, da es sich um Tatsachen handelt, **die auch anderen Personen der betreffenden Ortschaft bekannt waren,** also nicht um Tatsachen, die ein Lehrer in seiner Amtstätigkeit erfährt, und endlich konnte die Geheimhaltung dieser statistischen Angaben niemals im Interesse des Staates liegen. **Der Sachverständige in der Behandlung hat sich auf ein Runschreiben des Kuratoriums gestützt, wogegen die Verteidigung darauf aufmerksam gemacht hat, daß in diesem Rundschreiben von Erteilung von Aufklärungen überhaupt nicht die Rede ist.** Uebrigens muß vom rein juristischen Standpunkte aus festgestellt werden, daß die Stellung einer Frage an einen Beamten niemals eine Verletzung des Dienstgeheimnisses sein kann. Irrtümlich nimmt das Urteil an, daß auch Nichtmitglieder einer Organisation bestraft werden können auf Grund des § 129 St. G. (vgl. Ebermeyer Nr. 3 zu § 129).

II. Was die Frage des Verbrechens aus § 29, Nr. 1 St. G. betrifft, so erwähnt das Urteil die Erfordernisse der Verurteilung, nämlich:

1. vorsätzliche Mitteilung von Auskünften an eine fremde Regierung,
2. geheimzuhaltende Auskünfte,
3. Bewußtsein der Sache.

Was den ersten Punkt betrifft, so muß erwähnt werden, daß der Anklageakt den Beweis dafür, daß die Auskünfte faktisch erteilt worden sind, in den Worten des Rundschreibens erblickt: „Das Auswärtige Amt wird von uns ständig unterrichtet". Das Urteil nimmt die Erklärung der Angeklagten an, daß die Worte „von uns" sich auf das Konsulat beziehen, da das Rundschreiben des D.-B. nur eine Abschrift (?) des Rundschreibens des Konsulats gewesen sei, das Urteil jedoch sieht den Beweis für die Erteilung der Auskünfte in dem Dok. Nr. 105 mit Anlagen 1—4. Es ist schwer zu begreifen, auf welche Grundlage diese Anschauung gestützt ist. Dieses Dokument besteht aus einer Liste der ausgewiesenen Optanten, aus einem Schreiben ohne Unterschrift, welches die Bitte um Ergänzung der Liste und um Rücksendung der ergänzten Liste und des an das Konsulat in Thorn adressierten Briefumschlages enthält. Wenn dieser Briefumschlag zum Briefe gehört, wofür es keinen Beweis gibt; und wenn jemand von den Geschäftsführern des D.-B. der Verfasser des Briefes sein sollte, dann würde sich die Sache ganz geheimnisvoll darstellen, denn wozu sollte das betreffende Büro des D.-B. das Konsulat um Ausfüllung und Rücksendung der Liste bitten?

Eines nur ist sicher, nämlich, daß das Schreiben und die Listen an das Konsulat nicht abgeschickt sind, denn sonst hätten sie nicht bei der Haussuchung gefunden werden können. Also gibt es keinen Beweis dafür, daß irgendwelche Auskünfte erteilt worden sind.

Ferner legt das Urteil das Rundschreiben des Schmidt irrtümlich so aus, als ob er die Ortsgruppe aufgefordert habe, Auskünfte zu sammeln und sie dem Konsulate mitzuteilen. Dieses Rundschreiben belehrt nur die Betr., daß es in ihrem eigenen Interesse angezeigt ist, dem Konsulat von der Tatsache der Ausweisung Mitteilung zu machen. Also ist die Konstruktion des Urteils, als ob die Angeklagten Heidelck und Schmidt vermittelst der Ortsgruppen des D.-B. dem Konsulat Auskunft geliefert hätten, ohne eine faktische Grundlage.

Irrtümlich nimmt ferner das Urteil an, daß die Tatsachen der Ausweisung geheim gewesen wären. Das Urteil stützt sich auf eine Wendung des Rundschreibens über die Möglichkeit einer vorteilhaften Verwendung des Materials. Zunächst muß betont werden, daß das die Meinung des Rundschreibens sein würde, die für die rechtliche Beurteilung der Frage durchaus nicht maßgebend ist. Das Urteil legt diesen Satz dahin aus, daß die vorteilhafte Verwendung „offenbar zum Vorteil für das Deutsche Reich" stattfinden soll. **Eine solche Ergänzung ist willkürlich und widerspricht der logischen Auslegung des Rundschreibens.** Dieses Rundschreiben bildet eine Belehrung der Interessenten. Wenn diesen in ihrer Existenz bedrohten Interessenten gesagt wird, sie sollen das Faktum der Ausweisung dem Konsulat mitteilen zwecks einer vorteilhaften Verwendung dieser Auskünfte, so meint man offenbar den Vorteil der Interessenten, **denn was hätte diese Leute in einem solchen Augenblicke der Vorteil der deutschen Regierung angegangen?**

Wenn man von der Meinung des Rundschreibens absieht, muß man feststellen, daß die Geheimhaltung dieser Auskünfte nicht nur nicht im Interesse der polnischen Rerung lag, sondern umgekehrt, es lag im Interesse der polnischen Regierung, daß diese Tatsachen zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangten, denn es handelte sich um die Ausweisung im Wege der Wiedervergeltung, d. h. diese Anweisungen sollten auf die deutsche Regierung einen Druck ausüben, damit sie die Ausweisungen polnischer Staatsbürger unterließ. Zu diesem Zwecke war es eine Bedingung, daß die deutsche Regierung von diesen Ausweisungen Kenntnis erhielt. Andererseits ist es schwer, sich vorzustellen, weshalb das Interesse des Staates die Geheimhaltung der Tatsache der Ausweisung verlangen könnte. Das Urteil gibt auf diese Frage keine Antwort. Weiter waren diese Auskünfte nicht derart, daß ihre Geheimhaltung möglich war. Notwendig für die Verurteilung ist jedoch, daß die inkriminierte Auskunft „der Geheimhaltung fähig war". Abgesehen von dem Umstande, daß die Presse immer über die Ausweisungen geschrieben hat, ohne daß ihr seitens der Behörden Schwierigkeiten gemacht worden sind, und daß die Presse auch von der fremden Regierung gelesen wird, muß jeder Ausgewiesene notwendigerweise das Deutsche Konsulat benachrichtigen, denn er mußte die Ausreisepapiere erlangen.

Aus allen diesen Gründen ist die Verurteilung nach § 92 St. G. unbegründet.

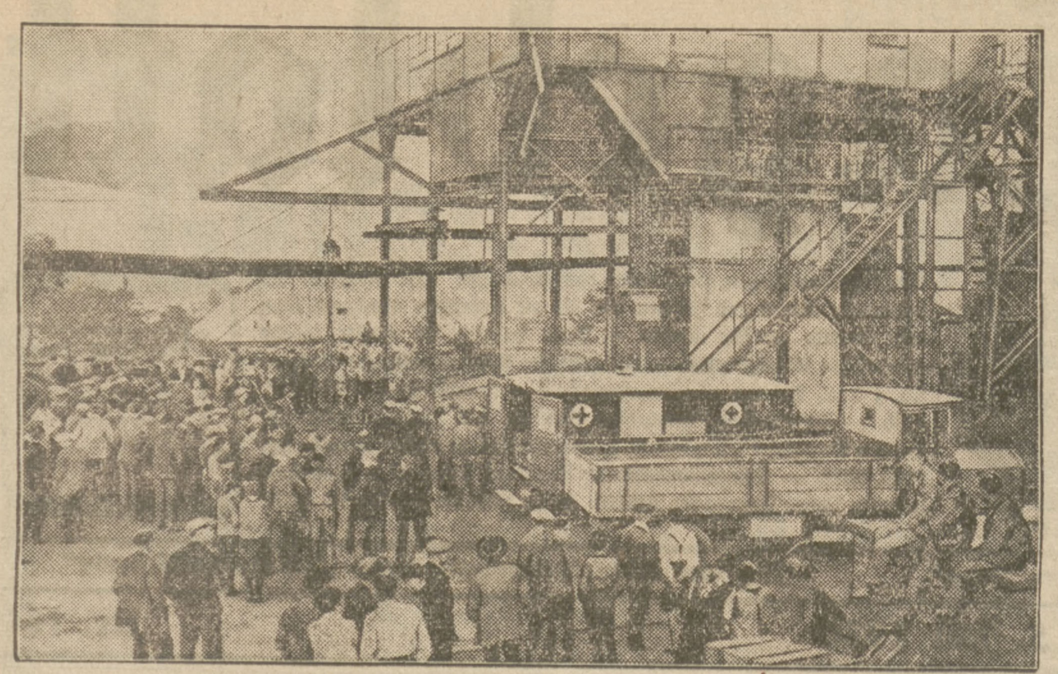
Der eingangs gestellte Antrag ist also wegen der obigen Ausführungen gerechtfertigt.

(—) Spitzer, Rechtsanwalt.

Aegypten am Vorabend einer Revolution?

London, 14. Juli. (R.) **„Daily Mail" spricht die Befürchtung aus, daß Aegypten unmittelbar vor einer Revolution stehe. Der diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt: Führende ägyptische Nationalisten in London und Kairo sprechen offen von der kommenden Revolution. Sie erörtern die Möglichkeit der Ausrufung einer Aegyptischen Republik mit Nahas Pascha als erstem Präsidenten oder die Möglichkeit einer Absetzung des Königs Fuad und die Ausrufung seines Sohnes, des zehnjährigen Prinzen Farouk zum König. In diesem Falle würde die Regierung von einem natürlich aus Wafdmitgliedern bestehenden Regentschaftsrates geführt werden.**

Auch „Daily News" und „Daily Chronicle" befassen sich in einem Artikel mit der Möglichkeit von Unruhen in Aegypten und sagen: König Fuad habe anscheinend beschlossen, ohne Parlament zu regieren und so gut wie ganz Aegypten herauszufordern. Für den Fall ernster Unruhen verlasse der König sich offenbar auf die Hilfe britischer Bajonette. Unter diesen Umständen habe die britische Regierung die Pflicht, dem König unverzüglich zu sagen, daß sie zwar Leben und Eigentum der Ausländer in Aegypten, nicht aber den König selbst vor den Folgen seiner verfassungswidrigen und herausfordernden Handlungsweise schützen werde.



151 Tote bei der niederschlesischen Grubenkatastrophe.
Angehörige der Verunglückten in banger Erwartung vor dem Grubenschacht. Ein Rettungswagen steht in Bereitschaft



Zwei der wenigen geretteten Bergleute.

Marschall Pilsudski wird reden.

Die bevorstehende Tagung der Legionäre — Erbsen mit Sauerkraut.

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 14. Juli.

Wie in den Kreisen der Opposition verlautet, werden im Regierungslager alle Vorbereitungen getroffen für die diesjährige 9. Tagung der Legionäre, die am 11. August in Radom stattfinden soll. Der vorjährige Kongreß in Neusandec wurde zwar auch mit ziemlich großem Lärm vorbereitet, aber schließlich blieben die Führer mit Pilsudski an der Spitze aus. Das soll in diesem Jahre anders werden. Vor allen Dingen soll bei dieser Gelegenheit eine große Abrechnung mit der Opposition erfolgen, da sich die Regierung nicht kampflos zurückziehen möchte, wo der Zentrolinksblock einen heftigen Streit auf breiter Front angezettelt hat. Daher wird an der Tagung in Radom Marschall Pilsudski teilnehmen, und er beabsichtigt dort eine Rede zu halten. Ob es wieder eine der üblichen „Erbsen mit Sauerkraut"-Reden sein wird, weiß man noch nicht. Für die Absicht, eine große Attacke gegen die Opposition zu reiten und die Verstimmung im Volke wieder zu zerstreuen, dürfte auch der Umstand sprechen, daß Ministerpräsident Sławek, General Górecki und General Rydz-Smigły Kongreßreden in Aussicht stellten. Obwohl gerade Rydz-Smigły in der letzten Zeit die Oberstengruppe von einer Kritik nicht verschonte, soll jetzt eine Verständigung wahrscheinlich auf den Wink von oben erzielt worden sein. In friedlicher Eintracht sollen beide Parteien in Radom auftreten.

Verfolgungswahnsinn.

Warschau, 14. Juli.

In der ostpolnischen Ortschaft Antonowicze hat sich eine schreckliche Szene zugetragen, die mehrere Menschenopfer forderte. Ein dort ansässiger Bauer namens Bronowski litt schon seit längerer Zeit an Verfolgungswahn, ohne offenbar gemeingefährlich zu sein. Nach einem erneuten Anfall brach sein Nervensystem völlig zusammen. Er bewaffnete sich mit einem Karabiner und zwei Handgranaten, die er entwendet haben muß, und verschloß sich in der elterlichen Wohnung, wo er gegen alle, die ihn unschädlich zu machen versuchten, ein Gewehrfeuer eröffnete. Zunächst fiel seine 65jährige Mutter einer Kugel zum Opfer; seinen Bruder ereilte dasselbe Schicksal. Ein Nachbar wurde schwer verletzt, und als der Gemeindevorsteher mit einigen Leuten helfend eingreifen wollte, steckte der Wahnsinnige das Haus in Brand. Er selbst begab sich auf den Dachboden, um dort das Gewehrfeuer fortzusetzen. Unter dem Schutz der Bäume organisierte der Gemeindevorsteher die Löscharbeiten, als ihn plötzlich eine Kugel niederstreckte. Darauf warf der Wahnsinnige eine Handgranate in eine Gruppe, die sich am Löschen des Feuers beteiligte, wodurch drei Menschen verletzt wurden. Nachdem die Nachbarn das Löschen des Brandes wegen der Gefahr aufgegeben hatten, warf der Geisteskranke den Karabiner in das Feuer und führte einen Feuertanz aus. Schließlich stürzte er mit dem brennenden Dach in das Feuermeer und fnd den Tod. **Das Feuer übertrug sich auf die Nachbarschaft und vernichtete acht Gebäude.**

Besuch aus Rumänien.

Warschau, 14. Juli.

Am Sonntag ist der rumänische Verkehrsminister Manoilescu, über Sniatyn kommend, in Polen eingetroffen, wo er zunächst die Lokomotiv- und Waggonfabriken in Chrzanów besichtigt. Von dort begibt sich der rumänische Gast im Auto nach Ostoberschlesien, wo eine Besichtigung der Gruben und Hüttenwerke geplant ist. Die Weiterfahrt nach Warschau erfolgt im Flugzeug am 15. Juli von Kattowitz, worauf sich Manoilescu zur Verkehrsausstellung nach Posen begibt. Ueber Berlin erfolgt dann die Rückreise nach Bukarest.

Die Grenzzwischenfälle.

Warschau, 14. Juli.

Der stellvertretende Leiter der Westabteilung des Außenministeriums, Lechnicki, ist nach Berlin abgereist, wo nach dem Wunsche beider Regierungen die Verhandlungen wegen der letzten Grenzzwischenfälle aufgenommen werden sollen. Die von deutscher Seite durch den Ministerialdirigenten Noebel vom Auswärtigen Amt geführten Verhandlungen würden vor allen Dingen bezwecken, Mittel und Wege zu finden, die eine Wiederholung solcher Zwischenfälle ausschalten sollen. So begrüßenswert dieser Schritt an sich auch ist, muß doch verlangt werden, daß in erster Linie von seiten der polnischen Grenzorgane unerwünschte Reibungen unterbleiben.

Polens Zukunft liegt auf dem Meere.

Der Westmarkenverein demonstriert.

Warschau, 14. Juli.

In Warschau und anderen Städten Polens wurden am gestrigen Sonntag Gedenkfeiern aus Anlaß der Abstimmung in Ostpreußen durch den Westmarkenverein veranstaltet. In den Entschließungen kam zum Ausdruck, daß Polen nicht eine Handbreit pommerellischer Erde abzutreten bereit ist und um jeden Preis den Grenzbestand des Staates sowie den Zugang zum Meere schützen werde. Die Bevölkerung wird aufgefordert, ein Hilfswerk für den Schutz der Grenzgebiete und die Befreiung der Polen jenseits der Grenze in die Wege zu leiten. Nach der Versammlung begab sich eine große Menschenmenge mit Plakaten, die die Aufschrift „Wir erinnern Deutschland an Grunwald!" trugen, vor die deutsche Gesandtschaft. Die Polizei hat die Menge in kurzer Zeit zerstreut.

In Gdingen fand aus demselben Anlaß die feierliche Einweihung der Hafenkühlhalle sowie des Marine-Schulschiffes „Dar Pomorza" statt, woran sich der Handelsminister Kwiatkowski und der Landwirtschaftsminister Janta-Polczynski beteiligten. Als erster Redner betonte der Landwirtschaftsminister, daß der Gdinger Hafen seine Entwicklung der Tatkraft des Ministers Kwiatkowski verdanke. Kwiatkowski brachte seine Rede mit den Abstimmungskämpfen in Verbindung und wies darauf hin, daß Polens Zukunft auf dem Meere liegt. Diese Erkenntnis sei entscheidend.

Ein Pariser Warenhaus durch Feuersbrunst zerstört.

„Nouvelles Galleries" durch einen nächtlichen Brand völlig eingeäschert

Paris, 13. Juli.

Eines der bekanntesten und größten Pariser Warenhäuser, „Nouvelles Galleries", ist heute nacht durch ein Großfeuer zerstört worden. Die Feuersbrunst brach um 12.15 Uhr aus und griff mit außerordentlicher Schnelligkeit um sich. Die Feuerwehr war, obgleich fortgesetzt Verstärkungen eintrafen, dem Brande gegenüber völlig machtlos und mußte sich auf den Schutz der Nachbarstraßen beschränken, die zum Teil geräumt wurden. Um 1 Uhr nachts bildete der ganze riesige Gebäudekomplex ein einziges Flammenmeer. Auch Nachbargebäude sind in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Nouvelles Galleries, beim Volke unter dem Namen à la Ménagère bekannt, erstrecken sich vom Boulevard Bonne-Nouvelle mit der Rückfront bis auf die bekannte Geschäftsstraße Rue Léchiquier. Sie liegen in dem Stadtviertel, in dem die meisten Engrosgeschäfte ihren Sitz haben. „Excelsior" schätzt den Schaden auf mehrere 30 Millionen Francs. Die Kundschaft dieses Warenhauses setzte sich vor allem aus dem kleineren Mittelstande zusammen. Die Nachtwächter, die innerhalb des Gebäudes Dienst taten, konnten nur mit Mühe gerettet werden. Einen Augenblick lang war auch das in der Nähe belegene Verlagshaus des „Petit Parisien" bedroht.

Ministerpräsident Tardieu hat sich in den ersten Morgenstunden an die Brandstätte begeben.

*

Budapest, 12. Juli.

In den Anlagen der Justschen Glühlampenfabrik und der Standard Elektrizitätswerke AG. in Ujpest hat ein Großfeuer schweren Schaden angerichtet. Gegen 7 Uhr abends sahen Arbeiter aus den Fenstern der Lagerräume große Rauchwolken und Flammen herausschlagen. In diesen Räumen lagerten in Pappkartons verpackte Glühlampen und Rundfunkartikel in großen Mengen. Wegen der starken Rauchentwicklung konnte die Feuerwehr nur mit Gasmasken arbeiten. Die Löscharbeiten wurden dadurch äußerst erschwert, daß das Wasser nicht genügenden Druck hatte. Dem Brande sind etwa drei Millionen Glühbirnen zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf 2½ Millionen Pengö geschätzt. Acht Personen, Feuerwehrleute und Arbeiter, erlitten leichte Verletzungen.

Frankreichs Parlament in die Ferien geschickt.

Die letzte Kammersitzung endete mit einer besonderen Ueberraschung. Im Laufe des Vormittags beschäftigte man sich mit dem schon mehrfach erwähnten Gesetz über die Nachtragskredite für die nationale Verteidigung in Höhe von 1126 Millionen. Von sämtlichen Gruppen des Hauses weigerten sich nur die Sozialisten, für die Kredite zu stimmen, indem sie gegen die Superrüstungen protestierten, die der Genfer Politik entgegengesetzt seien.

Seit 1920 habe die Kammer 100 Milliarden Franken für die Landesverteidigung bewilligt. Aus diesem Grunde erklärte der sozialistische Abg. Rivière, daß er und seine Freunde gegen die neuen Forderungen stimmen würden. Warum habe man die Auffüllung der Heeresbestände nicht in den Jahren 1928/29 vorgenommen, als budgetäre Ueberschüsse vorhanden waren? Der Redner bedauerte, daß die von den Alliierten nach dem Kriege betriebene Außenpolitik nicht zur allgemeinen Abrüstung geführt habe, und erklärte, daß **eine derartige Politik die Haltung der deutschen Militaristen rechtfertige. Was könne man Deutschland sagen?** (Der Abg. General St. Just ruft: „Sie sind der Anwalt Deutschlands!" Er wird deswegen zur Ordnung gerufen.) Rivière fährt fort: Man schürt einen Vulkan und ermächtigt Deutschland, neue Rüstungen vorzubereiten. Nicht durch Rüstungen müsse man der Gefahr begegnen, sondern durch eine internationale Verständigung.

Ein Vertreter der Finanzkommission und ein solcher der Heereskommission teilten mit, daß beide Kommissionen die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit gebilligt hätten, **da sich Frankreich vor Ueberraschungen schützen müsse.** Als Vertreter der Radikalen teilte Herriot mit, daß seine Gruppe die von der Regierung verlangten Kredite bewilligen werde. Herriot forderte weiter die Annahme eines Zusatzartikels über die Schaffung einer nationalen wissenschaftlichen Forschungsstelle für die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung. **In London habe man über** die Verminderung der Flottenrüstungen verhandelt, und inzwischen habe **Deutschland ein Kriegsschiff neuen Typs geschaffen,** das den Wert der Konferenz zunichte machte. Die deutschen Industriellen unterstützten die Forschungen viel mehr als die französischen Industriellen. Auch Belgien habe einen wissenschaftlichen Fonds in Höhe von 120 Millionen Francs bereitgestellt. Die Sicherheit Frankreichs sei mit einer unabhängigen und hinreichend dotierten Wissenschaft eng verbunden.

Die weitere Beratung des Gesetzentwurfs sollte am Sonnabend vormittag erfolgen, während in der Nachmittagssitzung der Kammer Interpellationen besprochen werden sollten. In den Abendstunden wurde das Parlamentsprogramm vollständig umgeworfen:

Die Regierung schickte plötzlich Senat und Kammer in die Ferien, ohne die begonnenen Beratungen fortzusetzen. Die Verfassung erlaubt es bekanntlich der Regierung, die Summen, die sie zur Landesverteidigung von der Kammer verabschiedet haben wollte, auch ohne diese Verabschiedung aufzuwenden, um sie erst später den beiden Häusern zur Abstimmung vorzulegen.

In den letzten Stunden der Kammersitzung am Freitag nachmittag brachte der radikalsozialistische Abgeordnete Bonnet im Anschluß an eine Aussprache über die Finanzpolitik der Regierung gegenüber den Provinzen und Gemeinden einen Antrag ein, in dem er heftige Kritik an der Finanzgebarung der Regierung übte. Ministerpräsident Tardieu stellte gegen diesen Antrag die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab mit 316 gegen 268 Stimmen eine **Mehrheit von 48 Stimmen für die Regierung.** Unmittelbar im Anschluß daran schickte Tardieu die Kammer in die Ferien, während der Justizminister zu gleicher Zeit den Senat vertagte. Sozialisten und Radikalsozialisten nahmen die Vorlesung der Vertagungsurkunden mit Lärmkundgebungen auf. Leon Blum und Herriot bezeichneten die Vertagung der Kammern als „Gewaltstreich" Tardieus.

In Parlamentskreisen wird u. a. die Meinung vertreten, daß Tardieu mit der plötzlichen Vertagung einer Aussprache über den Postbeamtenstreik vermeiden wollte, bei der die Linksparteien schärfsten Kampf gegen das Kabinett führen und es zum Sturz bringen wollten.

Die Beisetzung der Opfer von Neurode.

Neurode, 14. Juli. (R.) **Unter starker Teilnahme der Bevölkerung und der auswärtigen Besucher sowie der Abgeordneten der Länder und des Reiches, des Präsidenten Löbe und vieler anderer Mitglieder des Reichstages fanden gestern die Beisetzungsfeierlichkeiten der Opfer von Neurode statt.**

Die Trauerreden wurden von dem katholischen und evangelischen Ortsgeistlichen gehalten. Mit dem Chorgesang der vereinigten Gesangvereine: „Da unten ist Friede", dem Grabgesang des Bergmanns, wurde die von vielen Schmerzensschreien unterbrochene Feier beendet. Während der Feier brachen viele Angehörige ohnmächtig zusammen. Nicht weniger als 50 Personen mußten schätzungsweise in der dem Friedhof gegenüber als Lazarett eingerichteten Scheune behandelt werden. Einige Fälle waren sogar ernster Natur. Auf den Zugangsstraßen zum Friedhof hatten sich Neuroder Vereine aufgestellt. An ihnen vorbei wurden nach der Feier die auswärtigen Toten in ihre Heimatgemeinden übergeführt. Die Särge wurden auf Lastkraftwagen, die mit Trauerflor geschmückt waren, befördert, während die Angehörigen in Autobussen folgten. Jedem Zuge schritten eine Bergmannskapelle und eine Abordnung mit zahlreichen Fahnen voraus. Den engeren Angehörigen folgten in schier unübersehbaren Zügen die Freunde und Bekannten der Verstorbenen. Noch am gestrigen Nachmittag erfolgte die Beisetzung in den verschiedensten Heimatorten der Toten. In Hausdorf gab es heute nur wenig Menschen, die nicht in Trauerkleidung waren.

Die Hilfe für Hausdorf.

1 Million Reichsmark.

Neurode, 13. Juli. (W. T. B.)

Aus dem Kurt-Schacht der Wenzeslaus-Grube bei Hausdorf konnten bis heute früh 5 Uhr weitere acht Tote geborgen werden, so daß jetzt insgesamt 102 Tote geborgen sind. 49 Bergleute sind noch eingeschlossen. Die Bergungsarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt, doch glaubt man nicht, daß es möglich sein wird, sie im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß zu bringen.

*

Der Haushaltsausschuß des Reichstags behandelte unter Vorsitz des Abg. Heimann (Soz.) zunächst eine geplante Hilfaktion aus Anlaß der großen Grubenkatastrophe in Neurode. **Abgeordneter Husemann (Soz.) beantragte, eine Million Mark dem Fonds beim Oberbergamt Breslau zur Verfügung zu stellen** mit der Maßgabe, daß bei vorangegangenen und etwa nachfolgenden Einzelunfällen des niederschlesischen Bergbaus aus diesen Mitteln Beihilfen gewährt werden können. Dem Verwaltungsrat des Fonds sollen Vertreter des Reiches beitreten. Abg. Torgler (Kommunist) beantragte, zu obigem Zweck sofort den vorläufigen Betrag von einer Million Mark bereitzustellen. Abg. v. Richthofen (Deutschnationale Volksp.) war der gleichen Meinung, daß sofort Hilfe geleistet werden müsse, wollte aber von der Regierung wissen, welcher Betrag flüssig gemacht werden könnte. Abg. Ersing (Zentr.) hielt es für notwendig, erstens mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen, zweitens alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern, drittens für eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge zu tragen. Die Abgeordneten Dr. Cremer (D. Vp.) und Leicht (Bayer. Vp.) traten diesen Wünschen bei und unterstützten sie warm. Die Abgeordneten Heimann (Soz.) und Heinig (Soz.) sprachen für den sozialdemokratischen Antrag.

Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, jedoch mit der Maßgabe, daß — da man den ganzen Umfang der Hilfsaktion noch nicht vollkommen übersehen könne — nicht der feste Betrag von einer Million Reichsmark dem Oberbergamt Breslau überwiesen werden soll, sondern **daß die Regierung ermächtigt wird, bis zu einer Million Reichsmark dorthin zu überweisen.** Auch die vom Zentrum geforderten Maßnahmen nach der Feststellung der Unglücksursache und nach der sofortigen Vornahme von Verhütungsmaßregeln wurden vom Ausschuß gebilligt.

Aus Posen und Umgegend

Posen, den 14. Juli.

Exzellenz Krahmer †.

Der vorletzte Regierungspräsident in Posen.

Im hohen Alter von fast 80 Jahren ist am 29. Juni 1930 der Regierungspräsident a. D. Franz Krahmer in Berlin nach längerer Krankheit verstorben. Er war unvermählt geblieben. Ein kerniger Sohn der Mark Brandenburg, war er auf dem Rittergut Belgen bei Königsberg N.-M. aufgewachsen, besuchte zunächst das dortige Gymnasium und konnte als Kürassier an dem Einzug in Paris (März 1871) teilnehmen. Von 1900 bis 1917 war er Regierungspräsident in Posen, nachdem er einige Zeit die dortige Abteilung für Kirche und Schulwesen geleitet hatte. Vielen Lesern unserer Zeitung wird seine markante Persönlichkeit noch in frischer Erinnerung sein, wie er in unermüdlicher Arbeitstreue den Regierungsbezirk Posen in den schwierigen Jahren aktiver Ostmarkenpolitik seine Dienste gewidmet hatte. Mit besonderer Sorgfalt nahm er sich als Regierungspräsident des Posener Schulwesens an. Zahlreiche überfüllte Schulbetriebe, die in unzulänglichen Räumen untergebracht waren, wurden in schöne, zeitgemäße Schulgehöfte verlegt. Der Bau von Kleinbahnen und anderen Verkehrswegen hat unter seiner Leitung einen hervorragenden Aufschwung genommen. Dem bedeutsamsten Erwerbszweig des Regierungsbezirks Posen, der Landwirtschaft, galt sein vornehmstes Interesse. Auch bei seiner liebsten Erholung, dem edlen Weidwerk, fand er noch Gelegenheit zu fruchtbringendem Gedankenaustausch mit den Führern der Landwirtschaft. Unsere beiden Bundespräsidenten, Geheimrat von Tilly und Geheimrat Schmid, haben in den Jahren 1898—1900 bzw. 1900—1903 unter ihm arbeiten dürfen. Wie so vielen aus unseren Reihen, ist es dem Verstorbenen nicht vergönnt gewesen, die Befreiung der geraubten Ostmark zu erleben; seinem Beispiel vorbildlicher preußischer Pflichttreue können wir Lebenden nacheifern. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Exz. Krahmer sich auch bei der polnischen Bevölkerung allgemeiner Achtung und Freundschaft erfreute.

—b. **Mit dem Rasiermesser die Kehle durchschnitten.** Im Diakonissenhaus versuchte gestern der dort Heilung suchende Adam Zaremba sich das Leben zu nehmen. Er hatte sich in den Morgenstunden mit einem Rasiermesser die Gurgel durchschnitten, weil er glaubte, von einer Magenkrankheit nicht mehr geheilt werden zu können. Seine Tat wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt, und sogleich war Hilfe bereit. Es gelang den Lebensmüden zu retten.

—b. **Diebstähle.** In der Zwierzyniecka 18 wurde einem Władisław Zielonacki eine wertvolle Geige gestohlen. Die Polizei hat sofort alle Händler davon unterrichtet und vor Ankauf gewarnt. — Bei Szymański am Platz Swiętokrzyski drangen unbekannte Einbrecher ein und raubten 165 Złoty, 8 Dollar, 2000 Zigaretten, 11 Etuis, zwei Flaschen Kognak und verschiedene andere Sachen. — Aus dem Garten von Paul B. stahlen unbekannte Diebe Blumen für etwa 300 Złoty. — Vom Boden des Hauses Seweryna Mielżyńskiego stahlen Diebe die gesamte Wäsche der Frau Uderska im Werte von über 300 Złoty. — Einem Józef Borowiak wurden Wertsachen für etwa 1000 Złoty entwendet. — In der Szewska 20 wurden dem Geschäftsinhaber Schubert Seidenwaren im Werte von 1600 Złoty gestohlen.

—b. **Festnahme.** Der Polizei gelang es am Sonnabend, den ohne ständigen Wohnsitz in Posen sich herumtreibenden Alfons Kucharski zu verhaften, der kurz vorher einen Diebstahl verübt hatte, wobei ihm Wertsachen und andere Kleinigkeiten in die Hände fielen.

⚔ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug am Sonntag, 13. Juli — 0,50 Meter und heute, Montag, früh —55 Meter.

Kino-Programm.

Kino Apollo. Die drei Musketiere. 4.30 Uhr.
Kino Metropolis. Ein Erlebnis mit einem Einbrecher. 7 Uhr.
Kino Renaissance. Der verschlossene Weg. 5 Uhr.
Kino Wilsona. Kriegsadler. 5 Uhr.
Kino Stylowe. Troubadour aus New York. 5 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bad Warmbrunn. Für das 18. Schlesische Kreisschwimmfest verbunden mit den Schlesischen Kreismeisterschaften 1930, das vom 12.—14. Juli 1930 in Bad Warmbrunn stattfindet, sind über 250 Nennungen abgegeben worden, eine Zahl, die bisher von keinem anderen Schwimmfest erreicht wurde. Unter den abgegebenen Meldungen befinden sich die bedeutendsten deutschen Meister, so z. B. der deutsche Mehrkampfmeister Herbert Foest, der diesjährige Kampfspielmeister im Rückenschwimmen Deutsch, der Inhaber der deutschen Meeresmeisterschaft, Maletzki, der deutsche Hochschulmeister Werner Bathe, der deutsche Meister Karl Schubert und schließlich der Weltmeister im Brustschwimmen Walter Bathe. Im Wasserballspiel tritt mit an der Schwimmverein Gleiwitz 1900, der bei den diesjährigen Deutschen Kampfspielen 1. Sieger wurde. Auch das sonstige Programm, das anläßlich des Schwimmfestes in Bad Warmbrunn aufgestellt wurde, ist außerordentlich reichhaltig und verzeichnet neben Sonderkonzerten ein großes Prachtfeuerwerk im Kurpark sowie Siegerverkündigung mit Festball im Kurhaus. Der Verlauf der Saison des Thermal- und Moorbades Warmbrunn läßt sich trotz der wirtschaftlichen Ungunst im ganzen Reiche bisher verhältnismäßig günstig an, und die Frequenz übertrifft die des Vorjahres, was vor allem wohl auf die außerordentlich mäßigen Preise für Kurtaxe, Bäder und Verpflegung zurückzuführen ist.

Warum Togal?
Mehr als 6000 Aerzte, darunter viele bedeutende Professoren, anerkennen die hervorragende Wirkung der Togal-Tabletten bei Gicht, Rheuma, Nerven- und Kopfschmerzen, Grippe und Migräne.

Eine nette Vereinigung.

Illegale Sammlung von Spenden. — Es klappt nicht mit der Rechnungslegung. — Mißbrauchte Not der Arbeitslosen.

Das Städtische Polizeiamt verbreitet folgendes sensationelle Kommunikat:

„In Posen besteht eine Vereinigung der arbeitslosen Kopfarbeiter für die Wojewodschaft Posen. Diese Vereinigung veranstaltet illegale Sammlungen von Spenden, ohne die Genehmigung der zuständigen Verwaltungsbehörde zu besitzen. Die Sammlung geht unter dem Deckmantel der Werbung neuer Ehrenmitglieder vor sich, zu welchem Zwecke die Vereinigung den einzelnen Mitgliedern Vollmachten ausstellt, die mit Unterschriften versehen sind, wie: Marszalkiewicz, Frankiewicz, Piechocki und Dutkiewicz. Es ist auch eine große Anzahl von Aufrufen verbreitet worden, deren Inhalt Mitleid erwecken sollte, damit möglichst reichlich Bargeld eingesandt oder Gaben in Naturalien gespendet würden. Die Aufrufe tragen die Unterschrift: Schaluschke und Kaniasty.

Der gegenwärtige Vorsitzende Stanisław Marszalkiewicz wurde am 30. Oktober 1887 in Wreschen geboren. Er betreibt vorwiegend selbst die fiktive Werbung von Mitgliedern. Marszalkiewicz erstreckt seine Tätigkeit auf die ganze Wojewodschaft Posen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er auch im Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen tätig war.

Da die einzelnen Vorstände über die durch illegale Sammlung erlangte Summen nicht Rechenschaft legen können oder wollen, so wird befürchtet, daß diese Sammlungen nicht der Allgemeinheit der Arbeitslosen dienen, sondern nur die Bedürfnisse einzelner Personen, der Herren „Vorstände“ zu decken.

Die Oeffentlichkeit wird also gebeten, keine Spenden zu geben und dem Städtischen Polizeiamt (Miejski Urząd Bezpieczeństwa i Porządku Publicznego) Quittungen und Nachrichten zu übermitteln, wann und in welcher Höhe die Spende erteilt wurde.

Es wird gebeten, diese Warnung in alle Blätter der Wojewodschaften Posen und Pommerellen aufzunehmen.“

Es ist ein bezeichnendes Merkmal unserer Zeit, daß menschliche Not und menschliches Mitleid auf derartige Weise zu eigennützigen Zwecken mißbraucht wird. Dazu wird in unserem Falle sogar noch großzügig eine besondere Organisation geschaffen, um der Sache leichter den Anstrich der Legalität zu geben! Die Verbitterung der Arbeitslosen über ihre mißliche Lage wird durch solche Vorenthaltung der gesammelten Spenden um keinen Grad geringer Kollegialität von heute! Man will es einfach nicht glauben, daß so etwas möglich sein kann, zumal jener „Präside“, der die „Spenden“ sammelte, einen durchaus vertrauenswürdigen Eindruck machte. Es ist besonders zu bedauern, daß sich unseres Wissens auch deutsche Spender unter den Opfern befinden. Allerdings scheint, wie aus dem Kommunikat hervorgeht, die Untersuchung dieses einzigartigen Falles noch nicht ganz abgeschlossen zu sein; denn dort ist vorläufig nur von Befürchtungen die Rede. Immerhin ist die ergehende Warnung nur zu sehr am Platze und dürfte allgemein zu größerer Vorsicht mahnen; denn die Schwindler sind heute dichter gesät als ehedem. jr.

Geheimnisvolle Autokatastrophe.

Am vergangenen Freitag ereignete sich auf der Chaussee zwischen Kurnik und Kotow eine geheimnisvolle Autokatastrophe. Ein Mietsauto aus der Żórawia 10 hatte Herrn Dr. Piotrowski aus Posen als Fahrgast. Der Chauffeur fuhr mit minimaler Geschwindigkeit. Plötzlich rollte das Auto über einen harten Gegenstand und im gleichen Augenblick gab es eine heftige Detonation, die den Wagen eine Strecke weit schleuderte und stark beschädigte. Der Chauffeur wurde schwer verletzt, während der Fahrgast wie durch ein Wunder heil davonkam. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet, um die Ursache festzustellen. Man neigt zu der Ansicht, daß es sich um ein Attentat handeln könne. —b.

⚔ **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Dienstag, 15. Juli: 3.56 Uhr und 20.14 Uhr; am Mittwoch, 16. Juli: 3.57 Uhr und 20.13 Uhr.

⚔ **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte“. ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

⚔ **Nachtdienst der Apotheken** vom 12.—19. Juli. Altstadt: Apteka Sapieżyńska, Plac Sapieżyńska 1. Apteka pod Eskulapem, Plac Wolności Nr. 13; Apteka pod Złotym Lwem, Stary Rynek Nr. 75; Apteka Chwaliszewska, Chwaliszewo 76. — Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ulica Marsz. Focha 47. — Jersitz: Apteka p. Gwiazdą, Kraszewskiego 12. — Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 96. — Ständigen Nachtdienst haben folgende Apotheken: Solatsch-Apotheke, ul. Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abds), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apoth. der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin 18, die Apotheke der Krankenkasse, Pocztowa 25.

Wojewodschaft Posen.

† **Rogasen,** 14. Juli. In den wohlverdienten Ruhestand traten, wie die „Posener Heimatblätter“ berichten, am 1. Juli d. J. die beiden Lehrerinnen an der deutschen höheren Schule Fräulein Gertrud und Katharine Langenmayr. — Weit länger als ein Menschenalter hindurch haben beide Damen im Dienste der Allgemeinheit gestanden und zum Wohle der Jugend gewirkt. Sie haben ihre Laufbahn an der damaligen privaten höheren Mädchenschule ihrer verstorbenen Schwester Frl. Martha Langenmayr vor nunmehr 50 bzw. 46 Jahren begonnen, und nach deren Heimgang übernahm Frl. Gertrud L. die Leitung der Schule. — Nach dem Umschwung an die damals gegründete deutsche Lehranstalt berufen, stellten sich beide Damen im Interesse der deutschen Sache nochmals zur Verfügung und überlassen erst jetzt die Bürde ihrer Aemter jüngeren Kräften. Zwei Generationen der Rogasener „höheren Töchter“ und — in der Vorschule zum Gymnasium — auch viele Knaben haben den Langenmayrschen Damen die Basis ihrer Bildung zu verdanken und werden sich in Verehrung gern ihrer alten Lehrerinnen mit den besten Wünschen für ihr ferneres Wohlergehen erinnern.

Feuchtfröhliches bei 18 Grad.

Heute früh zeigte das Thermometer unverändert 18 Grad Wärme. Aber die drückende Schwüle der vorhergehenden Tage ist gewichen. Ein Wunder beinahe, kaum glaublich und doch wahr: es hat geregnet! Am Sonnabend abend ließ Petrus endlich den lange herbeigesehnten soliden Dauerlandregen herabrieseln — es pladderte die Nacht hindurch ganz anständig — um als galanter Herr, der für alle Sonntagsausflügler ein tiefgehendes Verständnis hat, Sonntags gegen 10 Uhr vorm. seine Himmelsschleusen wieder zu schließen. Nur selten und strichweise kam noch ein kleiner Schauer. Sonst prachtvoll erfrischend abgekühlte Witterung mit ein wenig Sonne und sanften Winden. Wir dürfen uns endlich einmal gratulieren.

Wettervoraussage für Dienstag, 15. Juli.

Berlin, 14. Juli. Für das mittlere Norddeutschland: Im Westen unbeständig. In Mitteldeutschland Regen und Bewölkungszunahme. Im Osten bewölkt, zeitweise etwas Regen.

Ein 70jähriger.

Mit 70 Jahren nach fast 45jähriger Tätigkeit noch in einem großen und vielseitigen Amt zu stehen, ist heute eine ganz besondere Ausnahme in unserer Zeit des raschen Kräfteverbrauchs. Superintendent Müller in Weißenhöhe, einer der ältesten evangelischen Geistlichen in unserem Gebiet, feiert am 15. Juli seinen 70. Geburtstag. Er ist ein Kind des Ostens und hat sein ganzes Leben hier zugebracht. Geboren wurde er am 15. Juli 1860 in Schwiebus als Sohn des Tuchfabrikanten Gustav Müller. Ebenso wie sein Altersgenosse Geheimrat D. Staemmler, besuchte auch er das bekannte Gymnasium in Züllichau und studierte dann Theologie auf den Universitäten Breslau und Jena. Im Jahre 1884 bestand er vor der theologischen Prüfungskommission in Posen die beiden theologischen Prüfungen und wurde am 20. November 1884 durch Oberkonsistorialrat D. Reichardt ordiniert. Nach kurzer Amtstätigkeit in Schönlanke und Luisenfeld wurde er in die Gemeinde Klein Morin berufen, wo er 11 Jahre tätig war. Im Jahre 1896 übernahm er die Superintendentur des Kirchenkreises Lobsens nach Weißenhöhe, Kreis Wirsitz, wo er die längste Zeit seiner Amtszeit tätig ist. Der Kirchenkreis Lobsens ist mit seinen 26 Gemeinden der größte Kirchenkreis unseres Gebietes und erfordert viel Arbeitskraft für die Führung der Superintendentur, zumal gegenwärtig nur 10 Pfarrer die ausgedehnten Gemeinden verwalten. Aber auch darüber hinaus hat sich Superintendent Müller in der Arbeit für die Gesamtkirche reiche Verdienste erworben, besonders während seiner Mitgliedschaft im Vorstand der Landessynode, dem er gerade in den letzten kritischen Jahren angehörte. — Seit 1887 ist Superintendent Müller mit Elisabeth Krische, der Tochter des Amtsrates Wilhelm Krische in Breslau, verheiratet. Von seinen 4 Kindern hat er leider einen Sohn im Weltkriege verloren. — Wir wünschen dem 70jährigen, daß ihm Arbeitskraft und Gesundheit noch lange Zeit erhalten bleiben und trotz der schweren Gegenwart ein sonniger Lebensabend beschieden sein möge. pz.

Rundfunkecke.

Posen. 7: Morgengymnastik. 13: Zeitsignal, Konzert. Danach Börsen- und Marktberichte. 17.45: Musik 18: Konzert. 19.50: Musik. 20.15: Oper auf Schallplatten.

Breslau-Gleiwitz. 16.30: Von Leipzig: Konzert 17.40: Kinderstunde. 19: Abendmusik des Funktrios. 20.30: Lieder. Aus dem „Spanischen Liederbuch“. 21: Die Zeit funkt. 21.30: Kleine Violinmusik. 22.35—22.40: Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer E. V.

Königswusterhausen. 12: Schallplatten: „Lieder im Volkston“. 15: Margarete Wallmann: Tanzturnen für Kinder. 16.30: Von Leipzig: Nachmittagskonzert. 20: Ausgewählte Schallplatten. 20.10: Von Köln: Meyerbeer-Abend. Anschließend Uebertragung von Berlin: „Der Schlagbaum“, Volkslustspiel.

Die „Internationale“ im Gerichtssaal.

Schwere Zuchthausstrafen im Kommunistenprozeß.

Wilde Radauszenen nach Verkündung des Urteils. — Starke polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen. — Sieben Angeklagte verurteilt.

—b. **Posen,** 14. Juli.

Der seit etwa zwei Wochen andauernde Kommunistenprozeß fand am vergangenen Sonnabend sein Ende. Der letzte Verhandlungstag vor dem Urteil verlief, wie alle anderen Tage, ziemlich ruhig. Erst als einige Angeklagten sich in ihrem Schlußwort bemüßigt fühlten, schwungvolle kommunistische Brandreden zu halten — durch die sich besonders der Hauptangeklagte Mehr „auszeichnete“ — wurde es etwas lebhafter.

Am vergangenen Sonnabend wurde schließlich das Urteil verkündet. Da Unruhen zu befürchten waren, hatte die Polizei noch stärker wie an den Vortagen die Gänge absperren und die anliegenden Straßen mit einem verstärkten Aufgebot besetzen lassen. Vor dem Gebäude hatten sich inzwischen große Menschenmassen angesammelt, die eine drohende Haltung einnahmen, so daß die berittene Polizei mehrfach scharf einreiten mußte. Die Frauen der Angeklagten wurden in den Saal gelassen. Wenige Minuten nach 9 Uhr wurde das Urteil verlesen:

„Im Namen der Republik Polen!

Die Angeklagten Mehr, Danielak, Heintze, Suwart, Miernik, Kazmierczak und Chwirot werden schuldig gefunden des Landesverrats, der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei sowie kommunistischer Umtriebe. Die Angeklagten Mehr, Danielak und Miernik werden deshalb zu je fünf Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Heintze zu vier Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Suwart zu drei Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Kazmierczak zu einem Jahre Festung und der Angeklagte Chwirot zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.“

Das Gericht wandte sich sofort nach der Urteilsverkündung um, um den Saal wieder zu verlassen. Im gleichen Augenblick erhoben sich die sieben Verurteilten und stimmten die „Internationale“ an, während die Frau Suwarts heftig schreiend in den Saal stürmte und die Richter und die Polizei verfluchte, weil sie ihr den Ernährer und ihren sieben Kindern den Vater geraubt hätten. „Ernährt meine Kinder und steckt mich auch ein!“ Der Staatsanwalt ließ daraufhin auch die Frau sofort verhaften. Indessen kam es zwischen den Polizeibeamten und den Sängern zu einem Handgemenge, da die Verurteilten sich in ihrem Gesang nicht stören ließen. Erst als sie das Lied zu Ende gesungen hatten, ließen sie sich ruhig abführen. Der Angeklagte Kazmierczak, der u. a. wegen Verbreitung kommunistischer Lieder verurteilt wurde und bis zum Schluß angab, unschuldig verurteilt worden zu sein, erklärte beim Hinausgehen mit prophetischer Geste: „Heute habt Ihr uns verurteilt, es wird aber eine Stunde kommen, da wir über euch richten werden. Dann rechnen wir ab!!“

Posener Falschmünzerbande ausgehoben.

Eine Geldfabrik für 100-Złotynoten in der fr. Kaiser Friedrichstr.

Eine Geldfabrik entdeckt, die Fabrikanten verhaftet. Unserer Polizei ist es gelungen, am Freitag einen gewissen Julian Piesowocki zu verhaften, als er einen falschen Hundertzłotyschein an „den Mann“ bringen wollte. Am Sonnabend wurde nun in der Wohnung des Verhafteten, in der ul. Piotra Wawrzyniaka, eine Durchsuchung vorgenommen, und zur Ueberraschung fand man dort eine ganze Einrichtung zur Herstellung von 100-Złotynoten. Es fanden sich mehrere Klischees, einige fertige Noten, photographische Apparate, eine Presse zum Drucken und Wasserzeichenpapier, das zur Herstellung der Noten gebraucht wurde. Im Zusammenhang damit konnten auch die Mitarbeiter des P. dingfest gemacht werden. Es sind dies eine Straßendirne Osciesjzek und ein gewisser Schneider. Das Mädel hat insofern geholfen, als sie die falschen Noten in die verschiedensten Lokale mitnahm und zu verausgaben suchte. Alle drei versuchten aber trotz der belastenden Funde zu leugnen. Sie gaben an, das Opfer einer anderen Falschmünzerbande geworden zu sein, die bei der Verhaftung Piesowockis die in seiner Wohnung gefundenen Falschmünzerwerkzeuge hineingetragen haben mußte, um den Verdacht von sich abzulenken. Darüber, wie er zu den falschen Noten in seiner Tasche kam, weiß P. nichts zu sagen. Alle drei sitzen hinter schwedischen Gardinen und warten ihre gerichtliche Aburteilung ab. —b.

Der polnische Aktienmarkt Ende Juni 1930.

Gedrückte Stimmung.

Nach einem amtlichen Bericht haben die Umsätze auf dem polnischen Aktienmarkte einen weiteren Rückgang erfahren. Bei sehr schwacher Nachfrage wurden auch die sonst viel gefragten Aktien wenig gehandelt, wobei die Kurse bei nicht unwesentlichen Schwankungen eine Baissetendenz aufwiesen.

In der Gruppe der Bankaktien sind keine nennenswerten Abweichungen eingetreten. Lediglich die Aktien der Bank Polski wurden etwas höher notiert und erreichten das Kursniveau von medio Juni. Von chemischen Werten wurden die seit langem nicht notierten Aktien der Chemischen Gesellschaft Spiess gefragt, erreichten jedoch nur eine niedrige Kursnotierung. Dagegen konnte ein Kursaufschwung bei den chemischen Aktien Puls beobachtet werden. Die am 26. Juni zum Börsenhandel zugelassenen Aktien der chemisch-pharmazeutischen Fabrik Magister Klawe wurden 10 Prozent über den Nominalwert gehandelt.

Auch der seit einiger Zeit stille Aktienmarkt für elektrotechnische Werte erfuhr eine leichte Belebung. Bedeutend höhere Kurse notierten die Aktien des Dombrower Elektrizitätswerkes, während „Siła i Światło" unter den durchschnittlichen Kurs gedrückt wurden.

Für Aktien der Zuckerindustrie herrschte wenig Interesse. Geringe Transaktionen wurden mit Aktien der Warschauer Zuckerfabrik durchgeführt.

In der Gruppe der Zementaktien herrschte keinerlei Belebung. Firley ist etwas zurückgegangen.

Nach Aktien der Warschauer Bergwerksgesellschaft sowie sämtlicher Naphthagesellschaften herrschte überhaupt keine Nachfrage. Auch auf dem Gebiete der metallurgischen Werte war eine fast vollständige Stockung eingetreten. Lilpop, Rau & Löwenstein gingen zurück.

Starachowice konnten sich auf demselben Kursniveau behaupten; Ostrowiec erzielten infolge einer etwas regeren Nachfrage eine leichte Kursaufbesserung.

Von anderen Aktien wurden lediglich Haberbusch & Schiele und Warschauer Spiritusrektifizierung gehandelt.

Wie bereits gesagt, war die allgemeine Stimmung in der Berichtszeit vollständig gedrückt. Man kann behaupten, dass die Gesamtumsätze der polnischen Börsen kaum die üblichen Zahlen einer einzigen grösseren Provinzbörse erreicht haben.

Die Geldsorgen der Städte

im Zusammenhang mit der Ulen-Anleihe.

V Die Bemühungen verschiedener polnischer Städte um Erlangung von Auslandsanleihen veranlassen uns, folgende, aus authentischer Quelle stammenden Mitteilungen über Schwierigkeiten polnischer Städte im Zusammenhang mit der amerikanischen Ulenanleihe zu geben.

Die Städte, welche seinerzeit von der amerikanischen Firma Ulenanleihen erhalten haben, befinden sich alle in sehr schwierigen Finanzverhältnissen. Es wurden insgesamt Anleihen in Höhe von 112 Mill. zł gewährt. Davon erhielten: Lublin 25.5 Millionen bei einer jährlichen Rückzahlung von 2 659 000 zł, Radom 23 Millionen bei einer jährlichen Rückzahlung von 2 400 000 zł, Częstochau dieselbe Summe zu denselben Bedingungen, Petrikau 15 Millionen bei einer jährlichen Rückzahlung von 1 600 000 zł. Die Anleihesumme beläuft sich bei diesen Städten auf 86 500 000 zł und die jährliche Rückzahlungsrate auf 9 Millionen zł. Andere kleinere Städte nahmen insgesamt 24 574 000 zł auf und verpflichteten sich, diesen Betrag in jährlichen Raten von insgesamt 2 500 000 zł zurückzuzahlen. Aber schon jetzt zeigt es sich, dass die aus der Ulenanleihe resultierenden Belastungen die Abzahlungsmöglichkeiten bei weitem überschreiten. Insbesondere Lublin und Radom, deren jährliches Budget sich um 3 Mill. zł bewegt, sind nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. So beliefen sich z. B. am 1. Oktober 1929 die Zahlungsrückstände der genannten Städte auf 24 365 000 zł, wovon auf Lublin 7 717 000 zł, auf Radom 6 342 000 zł3, auf Częstochau 5 692 000 zł, Petrikau 4 611 000 zł und auf die übrigen Städte 4 257 000 zł entfielen.

Um einen Finanzskandal zu vermeiden, übernahm die staatliche Wirtschaftsbank die Verpflichtungen der Städte Lublin, Radom, Częstochau und Petrikau gegenüber der Ulengruppe. Dafür wurden die erwähnten Städte durch die staatliche Wirtschaftsbank mit folgenden Beträgen belastet: Lublin mit 14 Mill. zł, Radom mit 11 880 000 zł, Częstochau mit 10 750 000 zł und Petrikau mit 9 670 000 zł.

Die tatsächliche Verschuldung der genannten Städte gegenüber der staatlichen Wirtschaftsbank ist jedoch bedeutend höher. Sie beträgt für Lublin 41 626 000 zł, für Radom 34 797 000 zł, für Częstochau 33 667 000 zł und für Petrikau 24 948 000 zł. Die weit über die Ulenverpflichtungen gehenden Beträge erklären sich dadurch, dass die Bank Gospodarstwa Krajowego ausserdem grössere Anleihen zur Sanierung der sehr schwierigen Finanzverhältnisse bewilligen musste.

Die Rückzahlung der Sanierungskredite sollte nach einem bestimmten Schlüssel aus den Gewinnen der Ulenunternehmungen erfolgen, wobei die Rückzahlungsfrist in das Jahr 1936 fallen sollte. Aber schon im Jahre 1929 haben die genannten Städte ihre Rückzahlungen an die staatliche Wirtschaftsbank einstellen müssen. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die Ulenunternehmungen entweder nur ganz geringe Gewinne oder gar Defizite gebracht haben. Einige von diesen Unternehmungen mussten vollständig stillgelegt werden.

Wie gesagt, befinden sich die erwähnten Städte in einer geradezu verzweifelten Finanzlage. An eine Sanierung mit Hilfe von Auslandsanleihen ist unter diesen Umständen nicht zu denken.

Die Konkurrenz zwischen Lastkraftwagen und Eisenbahn.

wk. Auf dem kürzlich abgehaltenen Kongress der amerikanischen Eisenbahngesellschaften in Atlantic City wurde das Problem der jetzt auch in Polen und besonders in Deutschland so aktuellen Konkurrenz zwischen Lastkraftwagen und Eisenbahn eingehend erörtert. Im Jahre 1920 beförderten die amerikanischen Haupteisenbahnen 89 901 495 t Stückgut. Im Jahre 1926 ergab sich ein Rückgang auf 68 296 686 t, also um 24.03%. 1928 zeigte sich ein weiterer Rückgang bis auf 63 260 249 t, was gegenüber 1920 eine Verminderung um 29,7% bedeutete. Diese Abwanderung kam dem Lastkraftwagenverkehr zugute, der sich gerade für die Beförderung kleinerer Stückgutpartien als scharfer Konkurrent der Eisenbahn erwies.

Ein Bild von der Ausdehnung des Lastkraftwagenverkehrs erhält man am besten durch die Automobilstatistiken. Danach gab es Ende 1920 in den Vereinigten Staaten 1 006 082 Lastkraftwagen. Diese Ziffer erhöhte sich bis Ende 1925 auf 2 441 709, also um rund 143%. Ende 1929 war bereits die Ziffer von 3 379 854 und damit eine neue Steigerung um 38% gegenüber 1925 erreicht. Aus der Statistik geht ferner hervor, dass 93.4% aller im Jahre 1929 in den Vereinigten Staaten hergestellten Lastkraftwagen weniger als 2½ t Fassungsvermögen hatten, während 5.1% der Gesamterzeugung auf Wagen mit einem Tragvermögen von 2½—5 t und 1½% auf Wagen mit einem Tragvermögen von über 5 t entfielen. Auf den ersten Blick hin erwecken diese Ziffern den Anschein, als ob der Transport per Lastkraftwagen nur von und zur Bahnstation rentabel erscheint. Aber das ist in Wirklichkeit nicht der Fall. Obwohl mehr als 93% der Fahrzeuge unter 2½ t Tragfähigkeit besitzen, werden doch auch sie in den Dienst des Ueberlandtransports gestellt. So wurden im Jahre 1929 beispielsweise auf den 16 wichtigsten Märkten 22% der Viehzufuhren durch Lastkraftwagen bewerkstelligt. Insgesamt handelte es sich um die Zubringung von 13 775 905 Kühen, Schweinen und Schafen; das ist eine Vermehrung um 19% gegenüber dem Vorjahre und bedeutet gegenüber 1925 fast eine Verdreifachung. Nach einer amerikanischen Schätzung sind seit 1925 ungefähr zwei Millionen Tonnen Stückgut im Gesamtwert von ca. 410 Millionen Dollar durch Lastkraftwagen transportiert worden. Das bedeutet für die Eisenbahn einen Ausfall von ca. 152 000 Waggonladungen. Die Durchschnittsentfernung, welche durch die Lastkraftwagen zurückgelegt worden ist, beträgt 50 Meilen, bei einem Maximum von 300 Meilen. Viel Verwendung finden die Lastkraftwagen auch für den Transport von frischen Früchten und Gemüsen auf der westlichen New Yorker und der Cumberland-Shennandoah-Strecke, weiterhin in Maryland, Delaware und im östlichen Virginia.

Kurze Wirtschaftsnachrichten.

⊙ Wie verlautet, sind bei den Verhandlungen über die Errichtung des von Ford geplanten grossen Montagewerks in Gdingen Schwierigkeiten sozialpolitischer Art aufgetreten. Die von Ford nach Gdingen entsandten Unterhändler sollen die Bedingung gestellt haben, dass das amerikanische Unternehmen von den sozialen Lasten befreit werden und auch an die Bestimmungen über den achtstündigen Arbeitstag nicht gebunden sein soll.

V Auf die Anfang Juni d. J. zur Zeichnung aufgelegte Bauprämienanleihe in einer Höhe von 50 Millionen zł mussten gleich bei der Registrierung 40 Prozent der gezeichneten Beträge eingezahlt werden. Wie verlautet, muss der Restbetrag von 60 Prozent spätestens bis zum 1. August d. J. eingezahlt sein, worauf gegen den 15. September die Aushändigung der Bauprämienscheine erfolgt.

V Aus Warschau wird gemeldet, dass unter Führung der staatlichen Finanzinstitute eine polnische Treuhandgesellschaft ins Leben gerufen werden soll.

V Die bedeutendste Einnahmequelle der polnischen Staatskasse, die staatlichen Monopole, haben im letzten Budgetjahre wieder ca. 30 Prozent der Gesamteinnahmen geliefert. Von über 3 Milliarden Gesamteinnahmen zahlten die Monopole rund 886 Millionen, und zwar Spiritus ca. 420, Tabak 390, die übrigen ca. 76 Millionen zł. Unter den staatlichen Unternehmungen steht an erster Stelle die Forstverwaltung mit 80 Millionen, alsdann folgt die Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung mit 27 Millionen zł.

⊙ Auf Grund eines mit dem Magistrat der Stadt Gdingen abgeschlossenen Vertrages hat die Aktiengesellschaft „Gazolina" den Bau und Betrieb eines Gaswerks in Gdingen übernommen, das bis Ende 1931 errichtet werden soll. Der Vertrag ist auf 40 Jahre abgeschlossen, doch steht der Stadt das Rückkaufsrecht nach Ablauf von 20 Jahren zu.

⊙ Von der Firma „Klangfilm"-Berlin sind die vorbereitenden Arbeiten für den Absatz von Tonfilmapparaten in Polen abgeschlossen worden. Die Firma wird durch die Warschauer Niederlassung der A.E.G. vertreten.

V Ueber den bereits an anderer Stelle berichteten Bau einer grossen chemischen Fabrik in Bromberg erfahren wir noch, dass die belgische Finanzgruppe fast das gesamte Aktienkapital in Höhe von 7 Millionen zł übernommen hat. Während die technische Leitung der Fabrik dem polnischen Dipl.-Ing. Kislanski übertragen wurde, bleibt die administrative Leitung der Gesellschaft in Händen von belgischen Staatsangehörigen, mit Herrn Cavilot an der Spitze.

V Nach der am 10. Juni 1930 in Paris genehmigten Bilanz der Aktiengesellschaft Perun ist im Geschäftsjahre 1929 ein Reingewinn von 208 209 zł bei einem Aktienkapital von 5 360 818 zł (für die Tätigkeit in Polen bestimmt) erzielt worden. Bemerkenswert ist, dass von der Bilanzsumme von 9 069 355.14 zł fast 7 Millionen auf eigenes Kapital entfallen.

⊙ Wie der „Gazeta Handlowa" aus Danzig gemeldet wird, trägt sich die Regierung mit der Absicht, vier Schiffe der „United Baltic Corporation" aufzukaufen, durch deren Konkurrenz die Tätigkeit der Polnisch-Britischen Schiffahrtsgesellschaft in Gdingen erheblich gehemmt wird. Die Schiffe sollen der letztgenannten halbstaatlichen Schiffahrtsgesellschaft zugeteilt werden.

Kelly's Welthandelsadressbuch 1930

(Kelly's Directory of Merchants, Manufacturers & Shippers of the World, Herausgeber: Kelly's Directories Ltd., London. Hauptvertretung für Mitteleuropa: Kelly's Directories G. m. b. H., Hamburg 36, Colonnaden 66/68. Preis des vollständigen Werkes RM. 65.

Als 44. Jahrgang ist vor kurzem die neueste Ausgabe dieses „Standardwerkes für den Welthandel" in gewohnter Weise in zwei starken Bänden mit mehreren Millionen Adressen, wertvollen handelsstatistischen Uebersichten und reichen topographischen Angaben erschienen. In allen internationalen Handels- und Industriekreisen ist dieses einzig wirkliche „Weltadressbuch" seit Jahrzehnten als bewährtes Hilfsmittel zur Anknüpfung neuer Geschäftsverbindungen anerkannt. Auf rund 5000 engbedruckten Seiten bringt das Werk alles was für den Weltmarkt an Namen und Information von Bedeutung ist, ergänzt und berichtigt bis zum Jahresanfang. Die erprobte alphabetische Einteilung nach Erdteilen, Ländern, Städten und Branchen ist beibehalten, während klare und übersichtliche Orts- und Branchenregister müheloses Auffinden jeder gewünschten Adresse oder Information ermöglichen.

Eine begrüssenswerte Neuerung ist der im Branchenregister durchgeführte Hinweis auf solche Orte, an denen Sondereintragungen das Interesse vieler — sonst kostenfrei verzeichneter — Firmen für Anknüpfung neuer Geschäftsverbindungen anzeigen.

Seit 1877 regelmässig veröffentlicht, und in Auswertung der mehr als 130jährigen Erfahrung im Adressbuchwesen der Herausgeber, bietet „Kelly's Directory" allen Ansprüchen auf Zuverlässigkeit und Ausführlichkeit Genüge, die mit Recht an eine solche Veröffentlichung gestellt werden können. Vorteilhaft hebt es sich von den in immer neuer Zahl und Gewandung erscheinenden „Auch"-Adressbüchern ab, die nur bezahltes oder aus Verleger-Interesse zusammengestelltes Adressenmaterial bringen. Die durch die zahlreichen Neuerscheinungen und Anzeigenjäger in weiten Kreisen zutage tretende Adressbuchmüdigkeit kann gegenüber einem Standardwerk wie dem „Kelly" keine Berechtigung haben, vielmehr gehört dieses Universalwerk in jedes Handelsbüro und jeden Fabrikbetrieb, soweit sie über das Auf und Ab des Welthandels unterrichtet bleiben wollen. Die jährlichen Ausgaben sind ein getreues Spiegelbild der Entwicklung der Weltmärkte, und neben Grossbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan bildet der Abschnitt „Deutschland" ein imposantes Bild deutschen Fleisses und deutscher Weltgeltung.

Ueber die Anwendung von Konventionalzöllen. Vom Finanzministerium ist ein neuer Runderlass an die Zollämter ergangen, die die Anwendung von Konventionalzöllen und das Ursprungszeugniswesen behandelt. Die Vorlegung von Ursprungszeugnissen wird nicht verlangt, sofern Konventionalzölle für Warenmuster und -proben in Anspruch genommen werden, die aus den Vertragsländern in geringen Mengen eingeführt werden. Das gleiche gilt für Postsendungen, mit denen Waren zu anderen als Handelszwecken versandt werden. Konventionalzölle sind auch auf Waren anzuwenden, die aus Vertragsländern stammen, aber nach dem polnischen Zollgebiet im Transit über Nichtvertragsländer eingeführt werden. Durch eine unterwegs erfolgte Umladung der Ware wird die Anwendung des Konventionalzolles nicht ausgeschlossen, sofern die Umladung unter Zollkontrolle erfolgt ist.

Märkte.

Getreide. Posen, 14. Juli. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Roggen	17.50—18.00
Weizen	47.50—48.50
Mahlgerste	17.75—20.25
Hafer	20.50—21.50
Roggenmehl (70%) nach amtl. Typ	32.00
Weizenmehl (65%)	73.00—77.00
Roggenkleie	13.25—14.25
Weizenkleie	16.00—17.00

Tendenz: anhaltend. Der Mangel an genügendem Angebot wegen der Erntearbeiten hat zur festen Tendenz beigetragen.

Berlin, 12. Juli. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Roggen, märk. 172—177, Wintergerste 156—170, Futter- und Industriegerste 170—190, Hafer, märk. 163—169, Weizenmehl 32.50—40.50, Roggenmehl 22.85 bis 25.40, Weizenkleie 10.50—11, Roggenkleie 10—10.60 Viktoria-Erbsen 25—30, Kleine Speiseerbsen 23—26, Futtererbsen 19—20, Peluschken 21—22.50, Ackerbohnen 17—18.50, Wicken 20—23, Lupinen, blaue 19—20, Lupinen, gelbe 23.50—25.50, Rapskuchen 10.60—11.60, Leinkuchen 15.80—16.50, Trockenschnitzel 8—9, Soyaschrot 13.80—15. Handelsrechtliches Lieferungsgeschäft. Weizen: Juli 288.50, September 260, Oktober 261; Roggen: Juli 175, September 182, Oktober 184.50; Hafer: September 180, Oktober 182.

Stettin, 12. Juli. Notierungen in Rm. per 1000 kg: Inl. Roggen 73—74 kg per hl, gesund und trocken im Durchschnitt (pomm. und märk.) 170, inl. Weizen 78 kg per hl, gesund und trocken im Durchschnitt (pomm. und märk.) 292, Hafer 53—53 kg per hl (pomm. und märk.) 169, do. 51—52 kg per hl (pomm. und märk.) 165, Wintergerste 62—64 kg per hl 168, do. 60—61 kg per hl 163. Per 50 kg: Viktoriaerbsen 12.5—15, Kocherbsen 11—12, Roggenkleie 5.40, Weizenkleie 5.50, Sojaschrot 7.65. Tendenz: ruhig.

Produktenbericht. Berlin, 14. Juli. (R.) Die Produktenbörse liess heute allgemein eine festere Grundstimmung erkennen. Die Meldungen von Uebersee boten zwar keinerlei Anregung. Das Inlandsangebot hält sich jedoch in verhältnismässig engen Grenzen, und für das wenige Offertenmaterial sind die Forderungen höher gehalten. Weizen lag im Prompt- und Lieferungsgeschäft gut stetig. Bessere Nachfrage zeigte sich für Roggen, der am Lieferungsmarkt anderthalb Mark und im Promptgeschäft ein bis zwei Mark höher bewertet wurde. Die Stützungskäufe werden fortgesetzt, jedoch steht bisher noch immer nicht fest, ob lediglich Neuroggen aufgenommen werden soll. Die zum ersten Mal in dieser Kampagne notierten Septembersichten wurden bei Weizen mit einem Aufgeld von 5 Mark, bei Roggen von 8 Mark gegen Oktoberlieferung bewertet. Das Mehlgeschäft ging über den Umfang der letzten Tage nicht hinaus, für Roggenmehl waren die Forderungen erhöht. Hafer liegt bei knappem Angebot und anhaltender Konsumnachfrage fest. Die für Wintergerste abgegebenen Untergebote führten nur vereinzelt zu Abschlüssen. In Sommergerste liegen verschiedentlich Muster vor, die zumeist sehr befriedigende Qualität aufweisen.

Eier und Molkereierzeugnisse. Wilna, 12. Juli. Notierungen des Związek Spółdzielni Mleczarskich i Jajczarskich in Wilna: Prima-Butter 1 kg im Grosshandel 4—4.20 zł im Kleinhandel 4.60, Tafelbutter im Grosshandel 3—3.80, im Kleinhandel 4.60, Litauer Käse für 1 kg im Grosshandel 2—3.20, Eier im Grosshandel für ein Schock 6.50—6.80, im Kleinverkauf 0.13—0.14 das Stück. Tendenz fester bei grösseren Butterzufuhren; es wird eine weitere Erhöhung für Käse vorgesehen. Für Eier behauptet.

Oele und Fette. Warschau, 12. Juli. Auf dem Warschauer Markte werden folgende Preise loco für 1 kg notiert: Flachsöl zł 2.20, Rapsöl zł 1.75, Sonnenblumenöl zł 1.85, Kuchen für 100 kg 35 zł. Der Bedarf an Leinöl ist in diesem Jahre erheblich geringer als in den vergangenen Jahren. Die gesamten Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahre um ca. 40 Prozent zurückgegangen. Was die Frühjahrs- und Sommermonate betrifft, so trägt der wenig belebte Baubetrieb und die verhältnismässig kleine Anzahl von Malerarbeiten in hohem Masse zu einer Verringerung des Absatzes bei. Die Tendenz ist infolge zu geringen Bedarfs sehr schwach. Für Rapsöl ist der Bedarf ebenfalls nicht gross. Die diesjährige Ernte ist sehr gut, so dass auf dem Markte übermässig Rapsöl zu haben ist. Dies bewirkte in den letzten Tagen eine 15prozentige Preisermässigung. Bei schwachem Absatz auf dem Markte könnte man die Preise nur bei freier Ausfuhr von Rapsöl nach ausländischen Märkten halten. Bekanntlich ist jedoch der Export durch Verfügung der Behörden aufgehalten worden, was von der Furcht einer Rapsölknappheit auf dem Inlandsmarkte diktiert war. Da wir nun jetzt auf dem Markte viel von diesem Oele haben, hat diese Massnahme keine Daseinsberechtigung und wird sicher zurückgezogen werden. Der Bedarf an Sonnenblumenöl verringerte sich in der letzten Zeit deshalb, weil er in vielen Fällen durch eingeführtes Soya-Speiseöl ersetzt wird. Für Kuchen ist der Bedarf letztens etwas grösser, und die Preise steigen deshalb.

Danziger Börse.

Danzig, 12. Juli. (Freiverkehr.) Reichsmarknoten 122.80, Dollarnoten 5.13½, Złotynoten 57.70.

Im heutigen Freiverkehr von Büro zu Büro waren wenig veränderte Kurse zu hören, mit der einzigen Ausnahme, dass die Reichsmark international fester liegt. Sonst hörte man Scheck London unverändert mit 25.01¼, Reichsmarknoten 122.75—85, Auszahlung Berlin 122.65—85; Dollarnoten 5.13—14; Auszahlung Warschau 57.62½—72½. Złotynoten 57.65—75.

Ostdevisen. Berlin, 11. Juli. Auszahlung Posen 46.875—47.075 (100 Rm. =212.43—213.33). Auszahlung Kattowitz 46.875—47.075; Auszahlung Warschau 46.875 bis 47.075; Grosse polnische Noten 46.725—47.125.

(Schlusskurse) Posener Börse.

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	14. 7.	11. 7.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.)	55.00G	55.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zl) v. J. 1926	92 00G	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	—	—
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	97.00G	97.00G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	42.00 +	42.50B
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posner Ldsch. (1 D-Zentner)	21.75G	21.50G
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien.

	14. 7.	11. 7.		14. 7.	11. 7.
Bank Polski	—	165.00G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorow.	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf.-Viktor.	—	26.00G
Bk.Zw.Sp.Zar.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk.Ziemian	—	—	Dr.Roman May	63.00B	—
Bk. Stadhag.	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P.Sp.Drzewna	—	—
Cegielski H.	52.50 +	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unia	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Gródek Elekt	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.
G = Nachfrage B = Angebot + = Geschäft * = ohne Ums.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 14. Juli (R.). Bis zu Beginn des offiziellen Verkehrs liess sich keine ausgesprochene Tendenz feststellen. Die innerpolitische Situation löste zwar Zurückhaltung aus, konnte aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Stimmung nehmen. Auch die Nachrichten aus der Wirtschaft fanden wenig Beachtung. Die ersten Kurse zeigten kein einheitliches Bild. Montanwerte waren meist etwas schwächer, Kali- und Kunstseidenwerte leicht gebessert. Deutsch Linoleum 2½ Prozent, Salz Detfurt plus 4¾ Prozent usw. Geld zum medio leicht versteift, Tagesgeld 4 bis 6 Prozent, Monatsgeld 4½—5¾ Prozent, Warenwechsel ca. 3⅞ Prozent. Im Verlaufe wurde es bei etwas lebhafterem Geschäft freundlicher.

(Anfangskurse.) Terminpapiere.

	14. 7.	11. 7.		14. 7.	11. 7.
Dt. R.-Bahn	96.00	96.37	Goldschmidt	59.50	59.50
A.G.f.Verkehr	88.00	90.25	Hbg. Elk.-Wk.	—	133.75
Hamb. Amer.	97.12	98.12	Harpen. Bgw.	117.50	119.25
Hb. Südam.	—	—	Hoesch	—	95,50
Hansa	—	—	Holzmann	—	87.50
Nordd. Lloyd	97.25	98.12	Ilse Bgbau.	—	—
Al.Dt.Kr.Anst.	111.50	111.50	Kali. Asch.	203.50	202.00
Barmer Bank	120.00	120.00	Klöcknerw.	95.75	95.50
Berl.Hls.-Ges.	156,75	157.50	Köln-Neuess.	93.00	92.50
Com.u.Pr.-Bk.	138.75	138.50	Löwe, Ludw.	—	—
Darmst. Bank	200.00	201.50	Mannesmann	93.75	94.00
Deutsch.Bank	131.00	131.00	Mansf. Bergb.	66,75	65.62
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	—
Dresdner Bk.	131.00	131.50	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch.K.Bk.	—	—	Oschl. Eis. Bd.	56.25	—
Schulth. Patz.	285.50	170.25	Oschl. Koksw	92.37	93,00
A. E. G.	150.00	151.62	Orenst. u. Kop.	68.50	68.75
Bergmann	179.00	—	Ostwerke	235.50	235.50
Berl. Msch.-F.	—	58.00	Phönix Bgbau	35.00	34.00
Buderus	73.00	73.25	Rh.Braunkoh.	221.50	220.50
Cop. Hisp. Am.	319.00	323.00	Rh. Elek.-W.	132.00	134.00
Charl. Wasser	100.25	100.00	Rh. Stahlwk.	—	101.50
Conti Caoutch.	159.50	159.37	Riebeck	—	—
Daimler-Benz	32.00	32.12	Rütgerswerke	57.12	57.50
Dessauer Gas	145.25	147.25	Salzdetfurth	365.00	363.25
Dt.Erdöl-Ges.	85.00	85.25	Schl. Elek.-W.	145.00	61.00
Dt. Maschinen	—	—	Schuckt. & Co.	170.75	203.75
Dynam. Nobel	—	—	Siem.&Halske	214.62	215.50
El. Lief.-Ges.	138.75	140.50	Tietz, Leonh	139.50	141,00
El. Licht u.Kr.	146.00	147.50	Transradio	—	116.00
Essen. Steink.	—	—	Ver.Glanzstoff	—	—
I. G. Farben	159.50	160.00	Ver. Stahlw.	85.00	86.00
Felten u.Guill.	107.25	109.00	Westeregeln	210.25	208.25
Gelsenk.Bgw	125.25	125.50	Zellst. Waldh.	144.62	146.00
Ges. f. el. Unt.	146.50	147.50	Otavi	42.50	42.50

	14. 7.	11. 7.
Ablös.-Schuld 1-60 000	60.00	60.10
Ablös.-Schuld 60-90 000	60.00	60.10
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	8.70	8.87

Industrieaktien.

	14. 7.	11. 7.		14. 7.	11. 7.
Accumulator	—	131.37	Laurahütte	40,75	—
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenbrg.	—	108.50	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	106.00	—	Nordd. Wolle.	78.75	78.50
Berger, Tiefb.	306.00	307.75	Pöge, Eltr.-W.	—	—
Dt. Kabelwk.	70.00	—	Riedel	—	—
Dt Wolle	9.00	9.00	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenhd.	—	59.25	Sarotti	—	—
Feldmühle	150.00	149.00	Schl.Bgb.u.Zk	—	—
Hohenlohe	—	—	Schl. Textil	—	13.62
Humpoldt	—	—	Schub. & Salz.	202.00	138.00
Körting, Gebr.	50.00	—	Stollb. Zink.	—	—
Lahmeyer	–	—			

Tendenz: uneinheitlich.

Amtliche Devisenkurse.

	14. 7. Geld	14. 7. Brief	11. 7. Geld	11. 7. Brief
Buenes Aires	1.516	1.520	1.507	1.511
Bukarest	2.489	2.493	2.492	2.496
Canada	4.185	4.192	4.186	4.194
Japan	2.068	2.072	2.071	2.075
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.361	20.401	20.365	20.405
New York	4.1855	4.1935	4.186	4.194
Rio de Janeiro	0.474	0.476	0.454	0.456
Uruguay	3.576	3.584	3.576	3.584
Amsterdam	168.37	168.71	168.37	168.71
Athen	5.425	5.435	5.425	5.435
Brüssel	58.45	58.57	58.46	58.58
Danzig	81.39	81.55	81.42	81.58
Helsingfors	10.535	10.552	10.536	10.556
Italien	21.92	21.96	21.93	21.97
Jugoslavien	7.425	7.439	7.428	7.442
Kopenhagen	112.15	112.37	112.15	112.37
Lissabon	18.73	18.75	18.80	18.84
Oslo	112.12	112.34	112.14	112.36
Paris	16.465	16.505	16.465	16.505
Prag	12.417	12.437	12.421	12.441
Schweiz	81.345	81.505	81.32	81.48
Sofia	3.029	3.035	3.023	3.035
Spanien	48.85	48.95	49.10	49.20
Stockholm	112.50	112.72	112.49	112.71
Talinn	111.44	111.66	111.44	111.66
Budapest	73.30	73.44	73.30	73.44
Kairo	20.875	20.915	20.88	20.92
Wien	59.12	59.24	59.14	59.26
Reykjawik 100 Kronen	92.06	92.24	92.06	92.24
Riga	80.71	80.79	80.72	80.87
Kaunas (Kowno)	41.83	41.91	41.83	41.91
Warschau	—	—	—	—

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Hindenburgs Reise an den Rhein.

Der amtliche Plan.

Für die Reise des Reichspräsidenten in das geräumte Gebiet ist folgender Plan aufgestellt: Der Reichspräsident wird am Freitag, dem 18. Juli, abends von Berlin nach Speyer abreisen und am 19. Juli an einem Festakt im Rathaus zu Speyer teilnehmen, bei dem Ansprachen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, Reichsministers Dr. Curtius, des badischen Senatspräsidenten Dr. Schmitt, des Oberbürgermeisters Leiling und des Reichspräsidenten selbst vorgesehen sind. Anschließend wird der Reichspräsident eine Rundfahrt durch die Pfalz über Neustadt, Deidesheim und Dürkheim nach Ludwigshafen unternehmen und am späteren Nachmittag von Ludwigshafen mit dem Dampfer „Hindenburg" sich nach Mainz begeben, wo er 19 Uhr eintreffen wird. Am Sonntag, dem 20. Juli, besucht der Reichspräsident den Festgottesdienst in der Christuskirche in Mainz und nimmt dann nach einer Rundfahrt durch die Stadt an der großen Feier in der Stadthalle teil, bei der der hessische Staatspräsident, der Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Dr. Külb, Reichskanzler Dr. Brüning, Reichskanzler a. D. Hermann Müller und der Reichspräsident das Wort ergreifen werden. Am Nachmittag desselben Tages begibt sich Reichspräsident v. Hindenburg über Biebrich nach Wiesbaden, wo im Kurhaus ein Festakt ist, und im Anschluß daran nach Eltville, wo er bei dem Reichskommissar, Botschafter a. D. Freiherr Langwerth v. Simmern absteigen wird. Für den 21. Juli ist eine Kraftwagenfahrt des Reichspräsidenten über Bingen nach Kreuznach und zurück nach Eltville vorgesehen; am 22. Juli vormittags 8.15 Uhr fährt der Reichspräsident von Eltville mit dem Dampfer „Mainz" nach Koblenz weiter, wo er 11.30 Uhr am Deutschen Eck eintreffen und vom Oberbürgermeister und der Koblenzer Jugend begrüßt wird. Um 12 Uhr ist in der Stadthalle zu Koblenz alsdann ein Festakt, bei dem nach Reden des Oberpräsidenten, des Oberbürgermeisters, des preußischen Ministerpräsidenten, des Reichsministers v. Guérard auch der Reichspräsident sprechen wird. Für den Nachmittag des Tages sind eine Rundfahrt und der Besuch turnerischer Vorführungen auf dem Ehrenbreitstein in Aussicht genommen. Während der Nacht zum 23. Juli fährt der Reichspräsident nach Trier, wo er am 23. Juli vormittags 9 Uhr eintrifft und nach Entgegennahme einer Huldigung der Schuljugend auf dem Domfreihof an dem Festakt in der neuen Sportanlage teilnimmt; hier werden der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister, der preußische Staatsminister Dr. Hirtsiefer, Reichsminister Dr. Wirth und zum Schluß der Reichspräsident sprechen. Am Nachmittag fährt der Reichspräsident mit Sonderzug nach Euskirchen und Düren, wo kurze Aufenthalte zur Begrüßung vorgesehen sind, nach Aachen, wo er um 16.26 Uhr ankommt. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt und kurzem Besuch des großen Reitturniers auf dem Aachen-Laurensberger Rennplatz ist im Kaisersaal des Rathauses ein Festakt, bei dem der Oberbürgermeister, der preußische Staatsminister Dr. Hirtsiefer und der Reichspräsident sprechen werden. Am 23. Juli 23.10 Uhr tritt der Reichspräsident dann die Rückreise nach Berlin an.

Der Reichspräsident wird auf dieser Reise von Staatssekretär Dr. Meißner und Oberstleutnant v. Hindenburg begleitet sein; als Vertreter der Reichsregierung wird Reichsminister Dr. Curtius an dieser Reise des Reichspräsidenten teilnehmen.



Prinzessin Juliane von Holland Prinz Sigvard von Schweden

Der neue Prinzgemahl der Niederlande?

Wie verlautet, soll die Erbin der holländischen Königskrone, Prinzessin Juliane, sich in allernächster Zeit mit dem zweiten Sohne des schwedischen Kronprinzenpaares, dem Prinzen Sigvard, verloben.

Aus der Republik Polen.

Die polnischen Abgeordneten für die Interparlamentarische Union.

Die polnischen Delegierten für die Tagung der Interparlamentarischen Union in London sind: die früheren Parlamentarier Prof. Dembiński und Thugutt, ferner die Senatoren Gliwic vom Regierungsblock, Sokolowski von der Sozialistenpartei, dann die Abgeordneten Dębski (Piast), Graliński (Wyzwolenie), Kosydarski, Zdz. Stroński und Walewski (Regierungsblock), Liebermann (PPS.), St. Stroński und St. Zalewski (Nationalpartei), Lewickij (Ukrainer), Gräbe (Deutscher Klub) und Rozmaryn (Jüdischer Klub).

Außer der offiziellen Delegation sollen sich Senator Perzyński und Abg. Potworowski (Regierungsblock), Dr. v. Koerber (Deutscher Klub) sowie Rudnicka, Błaszkiewicz und der Geistl. Kunicki (Ukrainischer Klub) nach London begeben.

Keine Erhöhung der Tabakpreise.

Nach einer Meldung des „Kurjer Pozn." hat sich das Gerücht von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Erzeugnisse des Tabakmonopols nicht bestätigt.

Die Okazistenfeier.

Posen beging gestern die Zehnjahrfeier der Abstimmung in Ermland und Masuren. Die Kundgebung begann mit einem Gottesdienst im Dom, der vom Bischof Dymek zelebriert wurde. Nach dem Gottesdienst wurden an den Gräbern Mieszek I. und Bolesław Chrobrys Kränze niedergelegt, worauf sich ein Umzug durch die Stadt formierte. Um 12 Uhr mittags fand in der Universitätsaula eine Akademie statt. Dr. A. Wojtkowski, der Direktor der Raczyński-Bibliothek, sagte in seiner Festrede, daß die „unter der Gewalt der Bajonette abgehaltene Abstimmung" den Willen der Bewohner von Ermland und Masuren nicht zum Ausdruck gebracht habe. Die Feier schloß mit der Absingung der „Rota".

Das deutsch-polnische Roggenabkommen.

Wie die Poln. Telegr.-Agentur aus Warschau meldet, ist am Sonnabend in Warschau der neue Roggenvertrag zwischen Polen und Deutschland unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung vollzog von polnischer Seite der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Dr. Alfred Wysocki, von deutscher Seite der Gesandte Rauscher. Der Vertrag ist eine Verlängerung des Abkommens vom 18. Februar, in das eine Reihe von Aenderungen eingeführt worden ist.

Geheim.

Warschau, 14. Juli. Aus Sanierungskreisen verlautet, daß der Gang der gegen die Teilnehmer des Krakauer Kongresses geführten Erhebungen geheimgehalten wird. Die von den Polizeibehörden geführte Untersuchung soll den Grad des Staatsverrats festlegen. Als eins der Argumente gegen die Organisatoren des Kongresses wird ein Rundschreiben der „P.P.S." vorgebracht, die all ihren Komitees die auf dem Kongreß des Zentrolew gefaßte Entschließung zugeschickt habe, obwohl diese Entschließung beschlagnahmt worden war.

Die hohen Ausstellungspreise.

Im Zusammenhang mit den Beschwerden über die hohen Preise in den Gastwirtschaften der Ausstellung erfährt der „Kurjer Pozn.", daß der Vorstand der Verkehrsausstellung energische Schritte in dieser Richtung unternommen habe. Die Aufsicht über die Restaurants und Kaffeehäuser hat in seinem Auftrage die Gräfin Krasińska übernommen.

Die Botschaft hör ich wohl...

Aufhebung der Paßvisen? — Erleichterung der Grenzrevision?

Warschau, 11. Juli. Wie die „Gazeta Polska" meldet, wurde in der letzten Sitzung des Exploitationskomitees des Staatseisenbahnrates ein Antrag zum Beschluß erhoben, durch den das Verkehrsministerium ersucht wird, die Initiative zur Einberufung einer interministeriellen Konferenz in der Frage der Aufhebung der Paßvisen zu ergreifen. Diese Aufhebung soll auf dem Wege von zweiseitigen Abkommen unter Teilnahme von Vertretern wirtschaftlicher Kreise erfolgen.

Ferner beschloß das Exploitationskomitee einen Antrag mit dem Ersuchen an das Verkehrsministerium, eine interministerielle Kommission ins Leben zu rufen, die auf allen Grenzstationen an Ort und Stelle zu prüfen hätte, auf welche Weise man die Revisionen und den Aufenthalt abkürzen könnte.

Niederwerfung des Kurdenaufstandes

Angora, 14. Juli. (R. Agence d'Anatole.) **Der Aufstand, den die am 10. Juni aus Persien gekommenen starken bewaffneten Banden im Distrikt von Zejlan entfesselt hatten und der einen ausgesprochen reaktionären und politischen Charakter hatte, ist vollkommen unterdrückt.**

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 12. Juli.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist nach 69stündiger Fahrt abends 22.40 Uhr glatt gelandet. Die Strecke Spitzbergen—Friedrichshafen hat das Luftschiff in 29 Stunden zurückgelegt. Die gesamte Flugstrecke beträgt 7800 Kilometer. Um 23.10 Uhr war das Luftschiff in der Halle geborgen.

Die letzten Telegramme.

Brandkatastrophe in einem rumänischen Dorfe.

Bukarest, 14. Juli. (R.) **Vorgestern nachmittag brach in dem bessarabischen Dorf Dioburgiu ein Feuer aus, das sich, vom Winde begünstigt, ungeheuer schnell ausbreitete und 50 Häuser zerstörte. Das Feuer war gestern vormittag noch nicht gelöscht. Der Schaden ist beträchtlich.**

Verstärkung der französischen Gendarmerie an der italienischen Grenze.

Paris, 14. Juli. (R.) Der „Matin" berichtet aus Nizza: Da die Behörden Nachrichten erhalten haben, die auf die Möglichkeit von Zusammenstößen zwischen Faschisten und Antifaschisten hindeuten, ist die Gendarmerie in den Grenzorten, insbesondere in Mentone, durch mobile Abteilungen der republikanischen Garde verstärkt worden. Der „Matin" fügt hinzu, daß es sich um einfache Polizeimaßnahmen handle.

Annäherung in der Kopfsteuerfrage.

Berlin, 14. Juli. (R.) Am Sonntag setzten im Reichstage die Finanzsachverständigen und einige Parteiführer der hinter der Regierung stehenden Reichstagsfraktionen gemeinsam mit Vertretern der Finanzministerien der größeren deutschen Länder ihre Besprechungen über die Deckungsvorlagen, insbesondere über ihre Ergänzung durch eine Kopfsteuer fort. An Stelle des neuerdings wieder erkrankten Reichsfinanzministers Dietrich leitete Ministerialdirektor Dr. Zarden die Verhandlungen. Für Preußen waren Finanzminister Dr. Hoepker-Aschoff und Ministerialdirektor Dr. Hug erschienen, für Bayern Ministerialdirektor Dr. Hammer, für Württemberg Gesandter Bosler. In den dreieinhalbstündigen Beratungen machte, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, besonders der preußische Finanzminister die stärksten Bedenken gegen eine Kopfsteuer und gegen die Möglichkeit ihrer Durchführung geltend. In nicht ganz so scharfer Form äußerte sich auch der bayerische Regierungsvertreter gegen die Kopfsteuer. Trotzdem wurden die technischen Möglichkeiten für die Durchführung der Kopfsteuer genau durchgesprochen. Die Fraktionen behielten sich ihre endgültige Stellungnahme vor; es gelang, wie verlautet, eine Annäherung in der Auffassung der Regierungsparteien herbeizuführen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch geht die Tendenz dahin, es im wesentlichen bei den vor einigen Tagen von der Regierung aufgestellten Ergänzungsvorschlägen zu den Deckungsvorlagen zu belassen. Die Kopfsteuer soll für das Rechnungsjahr 1930 den Gemeinden fakultativ zur Verfügung gestellt werden, und zwar in einer Höhe von mindestens 6 Mark pro Kopf. Falls die Realsteuersätze, die am 1. Juli in Kraft waren, überschritten werden, sollen die Gemeinden zur Einführung der Kopfsteuer verpflichtet sein. Vom 1. April 1931 an soll die Kopfsteuer überhaupt obligatorisch sein.

Die Fraktionen werden sich heute mittag mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Das Ergebnis der Franktionssitzungen soll der Regierung am Montag nachmittag mitgeteilt werden. Die Entscheidung liegt hauptsächlich bei den Demokraten und bei der Bayerischen Volkspartei, in deren Reihen sich starke Widerstände gegen die Kopfsteuer geltend machen.

Kundgebungen gegen den Bürgermeister von Straßburg.

Straßburg, 14. Juli. (R.) Wie dem „Petit Journal" aus Straßburg berichtet wird, hat der Beschluß des kommunistischen Bürgermeisters Huber, gelegentlich des Nationalfeiertages am 14. Juli nur zu flaggen, aber nicht, wie üblich, die öffentlichen Gebäude zu illuminieren, zu Protestkundgebungen eines Teiles der Bevölkerung geführt, der nach einem Fackelzug vor das Rathaus zog, die Marseillaise sang und den Rücktritt des Bürgermeisters forderte. In der Nacht soll das Türschild der kommunistischen Zeitung mit blau-weiß-roter Farbe übermalt worden sein, wofür sich die Kommunisten rächten, indem sie am Denkmal der Marseillaise einen roten Tuchstreifen mit der Aufschrift niederlegten: „Nieder mit der Feier des 14. Juli! Es lebe die Feier des 1. Mai!"

Flieger Mermoz gelandet.

Paris, 14. Juli. (R.) Nach einer Meldung der Havas-Agentur ist das von Mermoz gesteuerte Postflugzeug mit der Post aus Amerika am Sonnabend um 23 Uhr in Natar eingetroffen. Mermoz war, wie gemeldet, am 8. Juli in Natal zu einem Atlantikflug gestartet und mußte wegen Rohrbruchs eine Zwischenlandung vornehmen.

Wojewodschaft Posen.

Im Jähzorn.

Ein Kellnerlehrling schießt seinen Gegner nieder.

Am 10. d. M. spielte sich in Bromberg in den frühen Nachmittagsstunden am Eingang des Theatergartens ein blutiger Vorfall ab. Der 20jährige Kellnerlehrling Sebastian Wydra war im Theatergarten beschäftigt, während der 16jährige Sigismund Grabiszewski in der Gesellschaft anderer junger Leute am Eingang des Gartens stand und W. verächtliche Worte zurief. In einer plötzlichen Anwandlung von Zorn zog W. einen kleinkalibrigen Revolver aus der Tasche und schoß auf G. Die Kugel blieb G. im Gehirn stecken. Er wurde in hoffnungslosem Zustande von der Rettungsbereitschaft ins Stadtkrankenhaus gebracht. W. wurde sofort verhaftet. Wie sich herausstellte, haben G. und W. in beständigem Streit miteinander gelebt.

† **Bromberg,** 12. Juli. Ein dreiblättriges Betrüger-Kleeblatt wurde durch die hiesige Polizei festgenommen. Es handelt sich um junge Leute im Alter von 23 bis 30 Jahren, die auf raffinierte Weise hier zu Gelde kommen wollten. Die Schwindler versandten Prospekte und Preislisten einer nur zu Schwindelzwecken gegründeten Firma „Centrala Hodowli Jedwabników" in Bromberg. Diese Preislisten, die auch den deutschen Untertitel „Zentrale für Seidenbau" hatten, gingen an Großgrundbesitzer und boten Seidenraupenkokons und Maulbeerbäume an. Später begaben sich die „Inhaber der Firma" mit gemieteten Autos zu den Besitzern, nahmen Bestellungen auf und ließen sich Anzahlungen in Höhe von 40 bis 200 Złoty geben. Selbstverständlich erhielten die Besteller weder das eine noch das andere und wurden auf diese Weise geschädigt. Die Betrüger hatten auch ein Bankkonto und stellten eifrig Schecks aus, mit denen sie ihre umfangreichen Ausgaben bezahlten, die aber natürlich ungedeckt waren.

† **Czarnikau,** 14. Juli. Besitzwechsel. Der Besitz des Herrn Jeske, bestehend aus drei Wohnhäusern, Mühle, Sägewerk, ca. 30 Morgen Wiese und 20 Morgen Land ist durch Zwangsversteigerung in den Besitz des Herrn B. Wittke, Molkereibesitzer in Romanowo Górne, übergegangen. — Warnung! In der hiesigen Umgegend treibt sich ein Betrüger herum, welcher zur Deckung Wirtschaften kauft und dabei sein Handwerk ausübt. Die Polizei ist ihm auf der Spur.

pz. **Rogasen,** 14. Juli. Prüfung im Bibelheim. Vor einer Kommission des Konsistoriums unter dem Vorsitz des Herrn Generalsuperintendenten D. Blau fand hier im Bibelheim „Beroä" die Prüfung der Bibelschülerinnen nach mehrmonatigem Lehrgang statt. Die Prüfung erfolgt schriftlich und mündlich in folgenden Fächern: Altes und Neues Testament, Kirchengeschichte, Glaubenslehre und Polnisch. Die Prüfung legten ab: Hertha Kühn, Gertrud Beyer, Luise Kramer, Gerda von Klitzing und Charlotte Köbernik. In der Zeit des großen Pfarrermangels in unserem Gebiet ist die Mitarbeit freiwilliger Hilfskräfte besonders wichtig. — Der nächste Lehrgang im Bibelheim beginnt am 1. September.

† **Ostrowo,** 12. Juli. Autozusammenstoß. Am gestrigen Freitag nachmittags 7 Uhr stießen in der Bahnhofstraße (Ecke Kasernenstraße) die beiden Autos des Kaufmanns Kokowski und des Brauereibesitzers Kotecki-Gnesen zusammen. **Beide Automobile wurden schwer beschädigt.** Die Insassen kamen mit dem bloßen Schrecken davon. — Ertrunken. Beim Baden in der Prosna, in der Nähe von Grabow, ertrank der Soldat Mak von der 8. Komp. des hiesigen Regiments. — Blinder Passagier. Auf dem hiesigen Bahnhof ist ein gewisser junger Bursche aus Kalisch festgenommen worden, der ohne Fahrkarte seine Reise fortsetzen wollte. — Feuer. Am 9. d. Mts. brach auf dem Gehöft des Landwirts Switalski in Krempa auf ungeklärte Weise ein Feuer aus, das dank der energischen Rettungsmaßnahmen auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Es verbrannte ein Schuppen, in welchem sich ein Verdeckwagen sowie verschiedene Ackergeräte befanden. Der Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. — Tragischer Tod. In den Karpathen ertrank dieser Tage beim Baden der Gymnasiast Adalbert Skoraszewski aus Skalmierschütz infolge Herzschlag. Der junge Mann hatte am einem Ausflug hiesiger Gymnasiasten teilgenommen, die dort bereits seit einiger Zeit weilten. Die Leiche wurde in Trzebawiu zur letzten Ruhe gebettet. — Seuche. Unter dem Viehbestand des Rittergutes Sliwniki ist amtstierärztlich Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Sperrmaßregeln sind angeordnet worden.

Knock out im Gerichtssaal.

† **Konitz,** 12. Juli.

Vor der hiesigen Strafkammer fand ein großer Einbrecherprozeß seinen Abschluß. Auf der Anklagebank hatten Platz genommen: die Arbeiter Jan Moczyński, Bernhard Krause, Jan Lipiński, die Witwe Justine Orlikowska, der Schuhmacher Franz Pepliński, der Fischer Vinzent Pokrzerwiński und der Sattler Rzepiński, sämtlich aus Konitz. Den ersten drei Angeklagten wird zur Last gelegt, einen Einbruch in den Speicher des Kaufmanns Stanisław Rink verübt zu haben, ferner in das Manufakturgeschäft Stęczewski eingedrungen zu sein und Bekleidungsstücke entwendet zu haben. Der Wert der gestohlenen Waren betrug 2883,75 Złoty. Die übrigen Personen auf der Anklagebank waren wegen Hehlerei angeklagt. Moczyński und Krause bestreiten anfangs die Tat. Schließlich gibt Krause Moczyński als Organisator und Führer bei den Einbrüchen an.

Da springt Moczyński auf und versetzt Krause als Antwort einen Schlag unter das Kinn, so daß dieser sofort hintenüber kippt. Die Verhandlung wurde sofort abgebrochen und zwei Polizeibeamte als Schutz in den Saal beordert, die M. fesselten.

Die Angeklagten gaben den Diebstahl bei Stęszewski zu. Der Staatsanwalt beantragte Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Die Angeklagten sind des schweren Einbruchsdiebstahls und der Hehlerei für schuldig befunden. Es erhalten Jan Moczyński 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus, Berhard Krause und Jan Lipiński je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, die Witwe Justine Orlikowska 3 Monate Gefängnis mit 2 Jahren Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Guido Baehr.** Für die Teile: Aus der Stadt Posen und Briefkasten: i. V. **Alexander Jursch.** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf,** Kosmos Sp. z o. o. Verlag „Posener Tageblatt" Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Sport und Spiel.

Die Ergebnisse der „Sternfahrt".

Am Sonnabend nachmittag trafen in Posen die Teilnehmer der Sternfahrt ein. Das Ziel erreichten 47 klassifizierte Wagen und 5 Wagen außerhalb der Klassifizierung. Den ersten Preis erhielt Jerzy Żochowski vom Automobilklub Polski auf „Delage" mit einer Kilometerzahl von 1047 (Luftlinie 639,5 Kilometer). Der zweite Preis wurde Antoni Bogatko vom Automobilklub Polski auf einem „Essex" mit 949 Wegkilometern (Luftlinie 694 Kilomtr.) zugesprochen. Der dritte Preis fiel an den Ingenieur Tadeusz Wysocki vom Automobilklub Wielkopolski auf „Citroën" mit 895 Kilometern (Luftlinie 658 Kilometer). Den ersten Preis für Damen gewann Aleksandra Duszyńska vom Automobilklub Wielkopolski auf „Tatra" mit 855 Kilometern, den zweiten Preis Klementyna Śliwińska vom Automobilklub Wielkopolski auf „Praga" mit 652 Kilometern. Die Preise des Staatlichen Spiritusmonopols für den Gebrauch einer Spiritus-Benzin-Mischung nahmen Jerzy Żochowski auf „Delage" (1. Preis) und Ingenieur Tadeusz Wysocki auf „Citroën" (2. Preis). Den Preis des Automobilklubs Wielkopolski für Mitglieder dieses Klubs erhielt Józef Skibicki auf „Lancia". In der Klubklassierung erhielt der Automobilklub Wielkopolski den ersten Platz. Er stellte 21 Wagen, die eine Gesamtzahl von 3150 Punkten erzielten. (Der Klub hat damit den Preis der Internationalen Verkehrsausstellung gewonnen.) Den zweiten Platz nahm der Automobilklub Łódzki mit 9 Wagen und 2160 Punkten. 3. Automobilklub Polski mit 6 Wagen und 1806 Punkten, 4. Automobilklub Pomorski mit 5 Wagen und 750 Punkten, 5. Automobilklub Śląski mit 2 Wagen und 720 Punkten.

6. Tag in Karlsdorf.

Den Auftakt der Rennen des 6. Tages gaben die Zweijährigen mit einem Flachrennen über 850 Meter, das von der Mielżyńskischen Gazda unter Tucholka mit vier Längen vor Sonja II und Marszalek gewonnen wurde. Tot.: 11:10. Im 2. Rennen (Flachrennen über 1600 Meter) siegte Brylant unter Kończal sechs Längen vor Nelke, die mit einer Kopflänge vor Cyrus II das zweite Geld brachte. Tot.: 13:10, 11:10 und 11:10. Das 3. Rennen (Hürdenrennen über 2800 Meter) sah Boston mit acht Längen vor Too Good siegen. Arkar kam als Dritter ein, während Bianka II das Rennen nicht beendete. Tot.: 17:10, 13:10 und 25:10.

Das Verkaufsrennen (Flachrennen über 2100 Meter) gewann Florestan unter Sulik vier Längen vor Bambus, der mit einer Kopflänge vor Korea einkam. Es nahmen sechs Pferde teil. Den Sieger kaufte bei der Versteigerung Graf Mielżyński. Tot.: 24:10, 16:10 und 14:10. Beim 5. Rennen (Flachrennen über 2100 Meter) wollte der Start nicht gleich gelingen. Es gewann dann Zbir unter Tobjasz 3 Längen vor Elberus, der Mrok eine Kopflänge hinter sich ließ. Es liefen 7 Pferde. Tot.: 27:10, 11:10, 12:10 und 11:10. Das letzte Rennen gewann Lapis Lazuli unter Sulik mit einer halben Länge vor Blitzmädel II. Filadelfja, die stark favorisiert worden war, landete an dritter Stelle vor Tippel. Litka hat das Rennen nicht beendet. Tot.: 27:10, 22:10 und 30:10.

Legja auf dem Wege zum Meister.

Die Ligaspiele des vergangenen Sonntags brachten folgende Resultate: Warszawianka konnte Ruch 1:0 das Nachsehen geben. Wisla wurde in Lemberg von Czarni 4:2 besiegt und ist damit an die 4. Stelle gerückt, der Vizemeister Garbarnia siegte über Pogoń 4:0, und Legja konnte dem Lodzer Turn- und Sportverein eine Niederlage von 3:0 beibringen. Die Posener Warta schließt die erste Runde mit dem dritten Platz ab. Die Warschauer Legja hat noch zwei Spiele mit Polonja und Warszawianka vor sich, und kann Frühjahrsmeister werden.

*

Im Davis-Finale der Europazone wurde Italien mit 3:2 über Japan Sieger und kämpft nun vom 18. bis zum 20. Juli in der Zwischenzone mit Amerika in Paris.

Das erste Treffen in Montevideo um die Weltmeisterschaft im Fußball gewann die Mannschaft von Nordamerika gegen Belgien 3:0.

Die Posener „Warta", die auf ihrer Baltenreise begriffen ist, schlug in Wilna „Ognisko" 4:1 (2:0).

*

Posener Bezirksspiele: Sparta — Posnania 5:1, H. C. P. — D. K. S. 3:1, Stella — Wiktorja 2:0.

*

Die polnische Korbballspielerinnen schlugen in Straßburg die Tschechoslowakei 12:8.

Wasserballer aus Wien.

In nächster Zeit kommt die hervorragende Wasserballmannschaft der Wiener Hakoah nach Polen, um Wettspiele in Bielitz, Krakau und Warschau auszutragen.